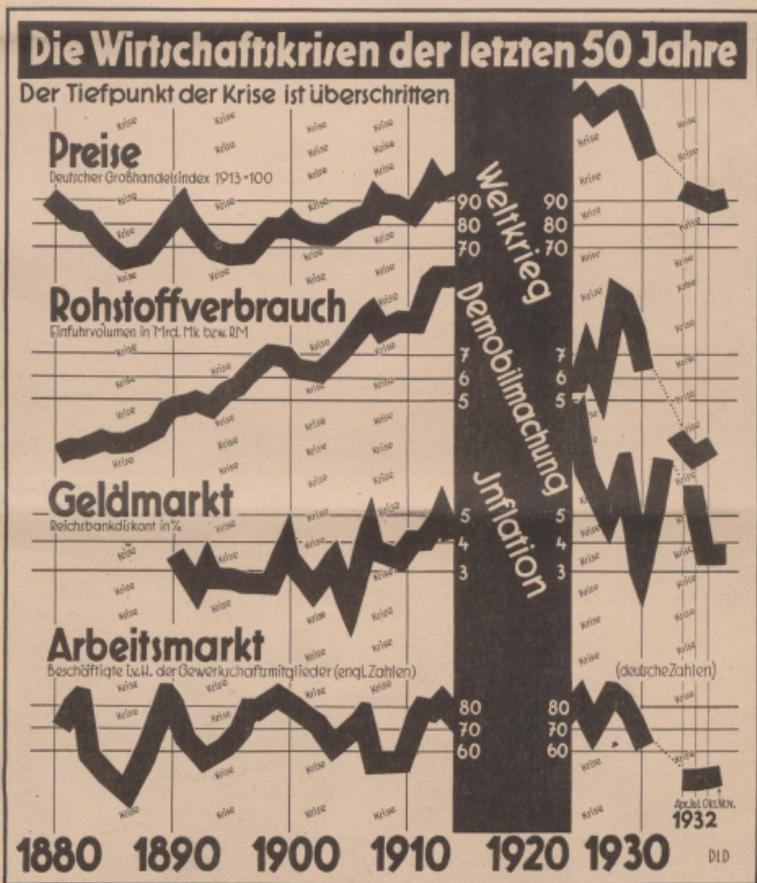


Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst!
 Reichsdruck sämtlicher Beilagen, mit Ausnahme der graphischen Darstellungen und sonstigen Abbildungen, mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Die Weltwirtschaft, von Staatssekretär a. D. Dr. Eugen Müller / Der französische und der englische Plan zur Währungsstabilisierung, von Karl Schwabenbauer / Milch oder Weizen, von Wolfgang Herber / Der deutsche Wohnungsbau — Statistik und Statistik, von Dr. Joachim Zißler / Ein deutsches Kuffahrerwesen in Berlin / Zur Feingehärdung / Der Inhalt, die Gefährdung eines möglichen Friedens / Die erste russ. Güterprüfung für den freien Arbeitsdienst

in Kommission:
 Zentralverlag G. M. Berlin (W 35)
 nahmst. 2,25 Mark / Jährlich 6,50 Mark
 Erscheint zweimal monatlich
 Durch jedes Postamt zu beziehen



landschaft deutscher Waren nach fast allen Abgabebereichen gesteigert werden konnte, insbesondere auch nach den überseeischen Ländern. Die Mehrerausfuhr betraf insbesondere Fertigwaren. Soweit ist die Konjunktur-Entwicklung noch nicht gebrochen, daß ein starker Anreiz auf die Ausfuhr von Produktionsgütern ausgeht, die eine neue wirtschaftliche Epoche der Investitionen einleiten.

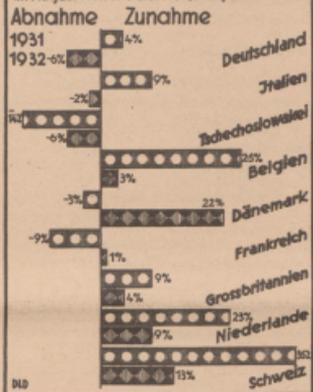
Im weltwirtschaftlichen Verlauf des Jahres sind die Konjunkturschwankungen, Konjunkturpolitik, die impulsive Zollpolitik und andere Kennzeichen der handelspolitischen Krise immer noch einen Einfluß auf die Handelspolitik aus. Es ist aber nicht uninteressant, daß die Länder mit dem stärksten Zollschutz in den letzten Monaten am meisten unter der Gesamtschrumpfung des Welthandels gelitten haben. So ist in den ersten sieben Monaten von 1932 der monatliche Durchschnittswert der amerikanischen Exporte gegenüber dem Monatsdurchschnitt 1930 um 59 v. H. gefallen, das ist weit mehr als der Durchschnitt der Umsätze in anderen Ländern. Ganz unerkennbar sind gewisse Aufschwungstendenzen im weltwirtschaftlichen Warenaustausch trotz aller handelspolitischen Hemmnissen. Sie kennzeichnen sich dadurch, daß seit der Mitte dieses Jahres die Aufsehandelskurve wieder nach oben zeigt, was z. B. deutlich erkennbar ist in der handelspolitischen Entwicklung Deutschlands, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Hollands, der Schweiz und Frankreichs. Gerade wegen der Fortdauer der auf Einfuhrsperrre gerichteten handelspolitischen Hemmnisse in der Welt ist dieser unerkennbaren Änderung in der Richtung der internationalen Handelsentwicklung eine symptomatische Bedeutung beizumessen.

Die für die Konjunktur-Entwicklung so bedeutende Frage der **Dorrats- und Preisbildung** der Weltrohstoffe zeigt noch keine einheitlichen Züge. Die amerikanischen Stützungs- und Anfurberungspolitik im Sommer dieses Jahres hat eine Zeitlang eine stürmische Hauffe hervorgerufen, während der sich die Weizenpreise um 20 v. H. von ihrem Tiefstand entfernten, die Zuckerrpreise um 100 v. H., Baumwolle gewann 50 v. H. des tiefsten Preises, Jute mehr als ein Drittel, Kaufschul mehr als die Hälfte, Metalle erhöhten sich um 50 v. H. vom niedrigsten Preisniveau. Anfang September trat aber ein schneller Rückschlag ein, der einen guten Teil der Preisgewinne wieder illusorisch machte. Vergleicht man die Großhandelsindexziffern in Gold des Juli 1931 mit dem Oktober 1932, dann ergab sich in den Vereinigten Staaten eine Entwicklung von 72 auf 65,5, in Deutschland

102,2 auf 71, in Frankreich von 102 auf 84 und in Deutschland von 111,7 auf 94,0. In den letzten Wochen ist in den Vereinigten Staaten wieder eine Aufwärtsbewegung der Gesamtlinie der Großhandelspreise bemerkbar, während in den meisten anderen weltwirtschaftlich bedeutenden Ländern die Preise stabil liegen oder eine geringe Rückbildung erfahren. Da die gegenwärtige Krise deutlich die Kennzeichen einer Überproduktion trägt, ist die Dorratsmenge der Stapelfabrik des Welthandels von großer Bedeutung. Nach den Inbe-

Veränderungen im Stand der Arbeitslosigkeit

Um wieviel Prozent die Zahl der Arbeitslosen im August höher oder tiefer lag als im Mai

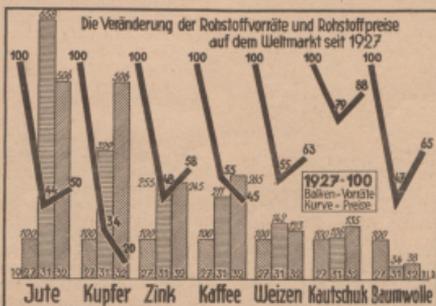


ziffern, die sich auf die Lagerstatistik der Bank von England stützen, sind von Juli 1931 bis Juli 1932 die Lagerbestände bei Baumwolle von 96,8 auf 104,9, bei Weizen von 78,4 auf 78,8, bei Kaustschuk von 185,8 auf 216,8, bei Kaffee von 152,6 auf 177,8 gestiegen, bei den übrigen Welt-handelswaren sind Dorratsveränderungen festzustellen: bei Seide von 147,0 auf 142,5, bei Zinn von 197,4 auf 194,3, bei Zink von 334,9 auf 325,6, bei Tee von 92,5 auf 82,9 und bei Zucker von 157,9 auf 157,1. Diese Indeziffer ist nach einem Dorratsstand berechnet, der im Januar 1929 gleich 100 angelegt wurde. Daraus ergibt sich eine teilweise außerordentliche Dorratsbildung, im großen und ganzen aber eine günstige, auf eine gewisse Konjunkturbelebung deutende Entwicklung, namentlich, wenn man die letzten Monate berücksichtigt, die eine neue Dorratsentlastung aufzeigen, für die aber keine zusammenfassende Ziffer mitgeteilt werden kann. Auf den Eisenmärkten ist die Konjunktur uneinheitlich, aber die Tendenz ist auf höhere Preise gerichtet.

Die Ziffern der Produktion im internationalen Vergleich liegen noch nicht vor. In den Vereinigten Staaten ist die Kohlenproduktion von Juli bis September von 572 000 auf 593 000 gestiegen, die elektrische Produktion von 5730 auf 5875 Millionen Kilowattstunden angewachsen, die Kohlenförderung hat sich von 20,9 auf 30,4 Millionen Tonnen erhöht, der Baumwollverbrauch ist von 279 000 auf 492 000 Ballen gestiegen. In Deutschland hat sich der Produktionsstand von Juli bis September von 53,1 auf 54,2 erhöht, für Produktionsgüter ist er noch etwas gefallen: von 44,5 auf 44,0, für Verbrauchsgüter aber gestiegen von 68,1 auf 71,9. Der Produktionsrückgang in Deutschland hat von August an einem langsamen Produktionsaufschwung Platz gemacht, der sich bei Kohle, Eisen und anderen wichtigen Grundstoffen zuerst bemerkbar gemacht hat. Eine allmähliche Konsolidierung in der Produktionswirtschaft wird vom Institut für Konjunkturforschung angenommen, und die amerikanischen Ziffern deuten darauf hin, daß diese Bewegung sich allmählich in den Industrieländern durchsetzt, wobei es natürlich unmöglich ist, jetzt schon etwas über das Ausmaß dieser Konjunkturbelebung vorauszusagen.

Der Geld- und Kapitalmarkt.

Für den internationalen Geld- und Kapitalmarkt ist die Konkurrenz von Kaufmannsbank bedeutungslos geworden, die den fördernden Faktor der deutschen Reparationsverpflichtungen in seiner Wirkung wesentlich verringerte und das Problem der Verschuldung Europas an die Vereinigten Staaten so zwingend aufrollte, daß sich seiner Wirkung wohl auch die jetzt noch in den Vereinigten Staaten widerstrebenden Kräfte beugen müssen. Die englische und die französische Schuldenabwertung ist ein zweites bedeutungsloses Symptom für die Lage des internationalen Geld- und Kapitalmarktes. Die amerikanischen Effektenbörsen erleben im Juli und August eine Hauffe, die aber nicht von Dauer war und durch die Kursentwicklung im September und Oktober wieder voll-

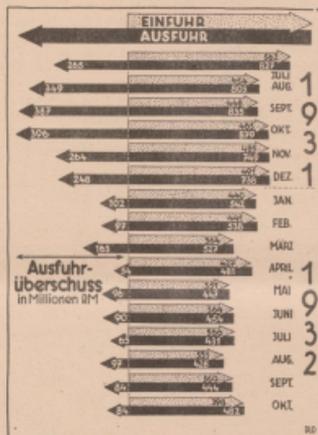


kommen illusorisch wurde. Sieht man ab von Deutschland, dessen Finanzlage infolge der äußeren Verschuldung, der Stillhalteabkommen und der daraus ent springenden Holverder des deutschen Geldmarktes, ganz besondere Züge trägt, so ist überall in der Welt eine zunehmende Verflüssigung der Geldmärkte festzustellen. Festverzinsliche Werte erreichten in Deutschland im Oktober dieses Jahres eine Verzinsung von 8,57 v. H., in den Vereinigten Staaten von 5,52 v. H., in Großbritannien von 5,65 v. H., in Frankreich von 4,75 v. H., in der Schweiz von 5,56 v. H., in den Niederlanden von 4,92 v. H. Der Privatdiskont betrug im Monatsdurchschnitt des Oktober in Deutschland 3,88 v. H., in den Vereinigten Staaten 0,65 v. H., in Großbritannien 0,82 v. H., in Frankreich 1,05 v. H., in der Schweiz 1,50 v. H. und in den Niederlanden 0,25 v. H. Die gegenteilige Entwicklung zeigt der Kapitalmarkt. Die Indexziffer der Aktienkurse hat sich vom 1. Juli bis Mitte November in Deutschland von 20,0 auf 25,2, in New York von 24,7 auf 42,2, in London von 37,1 auf 57,2, in Paris von 55,7 auf 58,1, in Amsterdam von 22,4 auf 30,4 und in Zürich von 35,4 auf 41,7 erhöht. Die Aktienkurse werden durch

die Rentabilitätsaussichten der Unternehmungen und die Höhe der Kapitalzinsen bestimmt. Es zeigt sich deutlich, daß in allen anderen Ländern die Rentabilitätsaussichten günstiger und die Kapitalzinsen niedriger als in Deutschland sind. Auf dem Geldmarkt herrscht ein Überangebot, wie es die Welt noch nicht erlebt hat. Am 19. November kostete Tagesgeld in Berlin 5% v. H., in Paris ¼ v. H., in Amsterdam ¼ v. H., in London ¼ bis 1 v. H. und in New York ¼ bis ½ v. H. Das ist ein Tiefstand, der zwar abnorme Züge hinsichtlich eines überall vorhandenen Unterschiedes zwischen dem Zinsniveau auf dem Geldmarkt und dem auf dem Kapitalmarkt verrät, aber doch auch zugleich zeigt, daß an Kapital und kurzfristig zu gebenden Geldern kein Mangel in der Welt besteht.

So dürfen wir diese Aufzählung von einigen international bedeutsamen Konjunkturfaktoren mit der Feststellung schließen, daß von der Seite des Geld- und Kapitalmarktes ohne Konjunkturauffassung keine Hindernisse bereitet werden dürften, sofern es gelingt, die internationale Vertrauenssphäre zu schaffen, die neben allen wirtschaftlichen Zusammenhängen die Hauptoraussetzung für einen Konjunkturaufschwung bildet.

Die deutsche Handelsbilanz



Der französische und der englische Plan zur Abrüstungsfrage

Von Karl Schwendemann

Das fernbleiben Deutschlands von der Abrüstungskonferenz hat begonnen, sich politisch auszuwirken. Nachdem deutlich geworden war, daß die deutsche Regierung keinesfalls von ihrem Dorsatz abgehen würde, sich an der Abrüstungskonferenz so lange nicht zu beteiligen, bis die deutsche Gleichberechtigung von niemand mehr bestritten wird, sich andererseits gezeigt hatte, daß die Konferenz zu praktischen Ergebnissen ohne Deutschlands Beteiligung nicht gelangen könne, haben sich England und Frankreich veranlaßt, zu dieser Lage Stellung zu nehmen.

Man erinnert sich noch der französischen Antwortnote vom 11. und der englischen Antwortnote vom 18. September auf das Memorandum über die Gleichberechtigungsfrage, das Reichsaussenminister Streicher von Neurath am 19. August dem französischen Botschafter übergeben hat. Jene beiden Noten waren ablehnend, die englische im Ton sogar verletzend, wenn sie auch in ihrem zweiten Teil gewisse Verhandlungsmöglichkeiten zeigte. Deutschland wurde auf den Weg nach Genf als dem einzigen verwiesen, auf dem es seine Wünsche und Forderungen weiterverfolgen könne. Die deutsche Regierung ließ keinen Zweifel darüber, daß sie diesen Weg nicht gehen wolle. Die englische Regierung zog daraus bald die Folgerung, am 3. Oktober zu einer Viermächte-Konferenz in London einzuladen. Diese Konferenz kam nicht zustande, da die französische Regierung sie nur in Genf abgehalten wissen wollte, was für die deutsche unannehmbar war: Die deutsche Regierung wollte weder durch die Dorder- noch durch die Hinterländer auf die Abrüstungskonferenz zurückgeführt, bevor die Gleichberechtigungsfrage geklärt war.

Nun hörte man aus Paris, daß die französische Regierung einen neuen „konstruktiven“ Plan zur Abrüstungsfrage ausarbeite, der der Abrüstungskonferenz einen neuen Start zu geben geeignet sei. Der Plan ist am 4. November ver-

öffentlicht worden. Am 10. November sprach der englische Außenminister Sir John Simon im englischen Unterhaus zur Abrüstungsfrage und wiederholte kurz darauf seine Ausführungen im Präsidium der Abrüstungskonferenz in Genf. Der Kern seiner Ausführungen wurde in der Form eines Weißbuchs in London veröffentlicht. Dieses englische Weißbuch enthält eine Stellungnahme zur Frage der Gleichberechtigung und Vorschläge über qualitative und quantitative Abrüstung. Der französische Plan bringt Vorschläge für ein umfassendes Sicherheitssystem, indirekt eine Stellungnahme zur Gleichberechtigungsfrage und, wenn auch nur in vager Form, Abrüstungsorschläge.

Was enthalten die beiden Pläne Neues, und wie stellen sie sich zu Deutschlands Forderung? Der englische Plan ist positiver und deutlicher als der französische. Zur Gleichberechtigungsfrage bringt er formulierungen, die, nach Klärung einiger Details, als genügende Grundlage für eine Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz angesehen werden können. Die deutsche Forderung, daß die allgemeine Abrüstungskonvention den Teil V des Versailler Vertrags ablösen müsse, und daß auch hinsichtlich der zeitlichen Dauer der künftigen deutschen Abrüstungsverpflichtungen kein Unterschied mit denen anderer Staaten bestehen dürfe, wird von Simon ohne Einschränkung zugegeben. Hinsichtlich der qualitativen Gleichberechtigung wird anerkannt, daß die Waffenkategorien, die anderen Staaten erlaubt sind, grundsätzlich auch Deutschland zugefanden werden müssen. In welcher Weise dies gesehen soll, wird dann in den Abrüstungsorschlägen des englischen Plans im einzelnen dargelegt. Diese gehen in verschiedenen Punkten nicht weit genug. Wenn z. B. der englische Außenminister an Deutschland die Aufforderung richtet, auf jede Kupflistung zu verzichten, auch wenn diese bei den anderen Staaten nicht abgeschafft,

sondern nur eingeschränkt würde, so widerspricht dies der qualitativen Gleichberechtigung. Andererseits ist richtig, daß über die Durchführung des Gleichberechtigungsprinzips im einzelnen auf der Abrüstungskonferenz verhandelt werden muß. Im übrigen zielen die Abrüstungsvorschläge des englischen Plans auf eine Verminderung der Lonnage der Großkampfschiffe und Kreuzer, auf die Befestigung des Unterseeboots, das Verbot aller schweren beweglichen Landgeschütze über 15,5 Kaliber, eine Herabsetzung aller Luftstreitkräfte auf das Niveau Englands und eine anschließende Verminderung um ein Drittel und eine Begrenzung des Höchstgewichts der Militärflugzeuge. Hinsichtlich der quantitativen Abrüstung wird Deutschlands Recht auf Umriszung seiner Wehrmacht anerkannt, allerdings unter der einschränkenden Formulierung, es dürfe keine Erhöhung der deutschen Angriffskraft stattfinden.

Der französische Plan ist in erster Linie ein Sicherheits- und kein Abrüstungsplan. Er will ein kompliziertes Sicherheitssystem aufbauen, gleichsam in der Form von drei konzentrischen Kreisen. Der äußerste, umfassenste Kreis soll alle Staaten der Welt umschließen, der zweite die Mitglieder des Völkerbundes und der dritte nur die europäischen Staaten außer England. Die Teilnehmer des ersten weitesten Kreises sollen sich zu einer Afkrolierung des Kellogg-Paktes im Sinne der Aufgabe der Neutralität im Falle der Verletzung dieses Vertrages und der Verpflichtung zur Beteiligung an der Blockade gegen einen diesen Pakt verletzenden Staat verpflichten. Die Staaten im zweiten Kreis, also die Völkerbundmitglieder, sollen sich zu einer Präzisierung der Verpflichtungen aus dem Artikel 16 der Völkerbundsjahre (Völkerbundsanctionsverfahren gegen einen Angreiferstaat) bereit erklären. Für die Staaten innerhalb des dritten engsten Kreises, also die des europäischen Kontinents, ist fobann ein in sich wieder kompliziertes Sicherheitssystem vorgesehen, das man als eine regionale Anwendung des Genfer Protokolls auf das europäische Festland bezeichnen kann, und das obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für alle auch politische Streitfälle, Bestimmung des Angreifers, Organisation eines Sanctionsverfahrens, internationale Armee, Flotte und Luftstreitmacht umfaßt. Soweit die sehr präzisen französischen Sicherheitsforderungen. Die Abrüstungsvorschläge sind dagegen sehr vage. Das prinzipiell Neue an ihnen ist, daß in ganz Europa ein einheitlicher Heeresstypus für die nationalen Streitkräfte der einzelnen Staaten eingeführt werden soll, der auf einer kurzfristigen Wehrpflicht aufgebaut werden soll. Diesen militärischen nationalen Armeen sollen die schweren Angriffswaffen verboten werden. Mit diesen Waffen sollen nur die von den einzelnen Staaten für Zwecke der ersten Hilfeleistung gegen einen Angreifer bereitgestellten Kontingente für eine internationale Armee ausgestattet sein. Das Material an schweren Angriffswaffen, das bei diesen Kontingenten keine Verwendung findet, soll in den Ländern, die es besitzen, für den Völkerbund gelagert werden.

Der französische Plan geht hillschweigend von der Anerkennung der Gleichberechtigung aus, ohne diese auszusprechen, vermeidet das letztere sogar konsequent. Insofern er die Durchführung einer gleichartigen Heeresorganisation in allen europäischen Staaten vorgeschlägt, kommt er der deutschen Forderung entgegen, daß Deutschland dieselbe Freiheit in der

Organisation seiner Wehrmacht haben müsse, wie die anderen Staaten. Wenn ferner Deutschland sich an einer Völkerbundstreitmacht mit einem Kontingent beteiligen würde, das ebenso mit den modernsten Waffen ausgerüstet wäre wie die Kontingente anderer Staaten, so würde das mindestens die teilweise Durchführung der qualitativen Gleichberechtigung bedeuten. Wenn andererseits das Material an schweren Waffen, das den nationalen Armeen künftig verboten sein soll und für die Ausrüstung der Kontingente für die Völkerbundstreitmacht nicht gebraucht wird, in den Ländern, die es besitzen, gepflegt und nicht zerstört werden soll, so widerspricht dies dem Prinzip der Gleichberechtigung. Deutschland hat sein Kriegsmaterial auf Grund des Versailleser Vertrages nicht dem Völkerbund zur Verfügung gestellt, sondern es effektiv zerstört. Der härteste Einwand gegen den französischen Plan besteht jedoch darin, daß er die Anerkennung der Gleichberechtigung nirgends ausdrückt und ihre sehr teilweise und zögernde Durchführung von politischen Bedingungen abhängig macht, deren Realisierung grobenteils als Utopie bezeichnet werden muß. Der französische Plan setzt leider die Linie der französischen Abrüstungspolitik fort, die Sicherheit als Hindernis vor die Abrüstung zu stellen. Wenn er, wie französischerseits gefagt wird, ein Ganzes darstellt und nur als Ganzes realisiert werden soll, so wird er schwerlich je realisiert werden. Was wird aber dann aus der deutschen Gleichberechtigung?

Deutschlands Forderung auf Gleichberechtigung kann nicht von politischen Voraussetzungen oder Bedingungen abhängig gemacht werden. Dies hat die englische Regierung offenbar richtig erkannt. Denn der englische Abrüstungsplan steht außer einer gemeinsamen Erklärung der europäischen Mächte, keinesfalls zur Lösung von Konflikten zur Gewalt zu schreiten, keinerlei Bedingungen hinsichtlich der Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung vor. Er macht nur gewisse Vorbehalte hinsichtlich der praktischen Durchführung der Gleichberechtigung, worüber jederzeit Verhandlungen möglich sind. Der französische Plan verhandelt aber die Anerkennung sowohl wie die praktische Durchführung der Gleichberechtigung von politischen Bedingungen abhängig, deren Erfüllung nicht einmal in deutscher Macht liegt. Unter denen, die von Deutschland zu erfüllen wären, heben sich unmögliche wie die Unterzeichnung der sogenannten Generalakte von 1928, die indirekt einer Anerkennung des territorialen Status quo gleichkäme, die Deutschland stets abgelehnt hat und ablehnen wird. Wenn Frankreich Bedingungen für die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung stellt, so steht es damit heute allein unter den Großmächten. Deutschland wird weiter die Anerkennung der Gleichberechtigung als Voraussetzung für seine Wiederbeteiligung an der Abrüstungskonferenz fordern müssen. Ohne diese Anerkennung ist ein positiver Ausgang der Konferenz nicht denkbar. Da Frankreich als einzige der Großmächte sich gegen die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung noch sträubt, ruht die Verantwortung für die weitere Verzögerung der Abrüstungsverhandlungen und für die Gefährdung ihres positiven Ausgangs also auf Frankreich. In der Abrüstungsfrage ist mehr als je: Frankreich hat das Wort. Die Verantwortlichkeit Frankreichs ist klar und eindeutig. Sie kann durch keinerlei Argumente auf andere übertragen werden.

Miliz oder Berufsheer?

Von Wolfgang Hertel

Der neue französische Abrüstungsplan sieht für die europäischen Kontinentalstaaten die Bildung von „Nationalarmeen mit kurzer Dienstpflicht und beschränktem Effektivbestand“ vor. Das Wort „Miliz“ ist in dem französischen Dokument nicht zu finden; trotzdem läuft dieser Teil des Planes auf die Einrichtung von Milizarmeen hinaus. Der Defensivcharakter dieser Milizen soll durch das Verbot aller beweglichen schweren Kriegswaffen — weittragende Artillerie und schwere Kampfpanzer — sowie durch die zahlenmäßige Begrenzung der für Ausbildungszwecke nötigen langdienenden Berufssoldaten und Spezialisten besonders betont werden.

Für ein gemeinsames Vorgehen des Völkerbundes soll neben dieser Miliz jeder Staat ein begrenztes Kontingent sofort verwendungsbereiter Truppeneinheiten mit längerer Dienstzeit und mit allen neuzeitlichen Waffen zur Verfügung halten. Hier taucht im französischen Plan das Element der Berufszurücknahme auf.

Nach der französischen Theorie soll also in Zukunft als Wehrform auf dem europäischen Festland das Nebeneinander von Milizarmee und Berufsheer gelten. In der Praxis allerdings kommt es Frankreich — die eindeutigen Erklärungen des Ministerpräsidenten Herriot vor der Kammer lassen einen

Zweifel nicht zu — auf die Verschlagung des deutschen Reichsheeres als eines angeblich besonders gefährlichen Angriffsinstrumentes an; des gleichen Reichsheeres, dessen Organisation uns 1919 aufgewunden wurde, um Deutschland jede Möglichkeit eines kriegerischen Angriffs zu nehmen! Auch ein kleines Völkerverbundkontingent von Berufssoldaten muß man Deutschland im Namen der lästigen Gleichberechtigung wohl oder übel bewilligen, aber ohne die den anderen Mächten erlaubten schweren Angriffswaffen. Es wäre, da Deutschland auch zahlenmäßig nicht „aufzufrühen“ soll, nur ein bedeutungsloses Anhängsel zur Miliz, gewissermaßen ein Symbol der „moralischen“ Gleichberechtigung. Französische Berufs Soldaten, Bombenflugzeuge, schwere Geschütze und Kampfwagen sind und bleiben zuverlässigere Werkzeuge einer Völkerverbundsekretive als deutsche!

Was versteht man unter Miliz, und wäre sie für Deutschland eine brauchbare Wehrform?

Wenn von Miliz die Rede ist, so fällt der Blick unwillkürlich auf die Schweiz. Dort ist in der Tat das Milizsystem mit allgemeiner Wehrpflicht am reinsten verwirklicht. Als wesentliches Merkmal der Schweizer Milizorganisation wird häufig die im Vergleich zu den stehenden Wehrpflichtheeren kürzere aktive Dienstzeit angeführt. Nicht ganz mit Recht! Gewiß ist die aktive Dienstleistung in der Schweiz kürzer als bei den anderen Heeren. Der wichtigste Unterschied besteht aber darin, daß die Schweiz kein stehendes Friedensheer hat. Es gibt in der Schweiz nur 250 Berufsoffiziere, einige Berufsunteroffiziere und Fortwächter. Ständige Friedensformationen fehlen. Zeitweise ist überhaupt kein Soldat im Dienst, zeitweise sind zu Übungen 30000—40000 Mann unter Waffen. Die erste Ausbildung der Wehrpflichtigen findet in „Rekrutenschulen“ statt. Die Dauer beträgt je nach der Waffengattung 60 bis 90 Tage. In den auf die Rekrutenschule folgenden 15 Jahren wird jeder Milizsoldat zu insgesamt acht „Wiederholungskursen“ von je elf- bis vierzehntägiger Dauer eingezogen. Die Gesamtdauer der aktiven Dienstzeit erreicht also auf 16 Jahre verteilt 150 bis 180 Tage. Offiziere und Unteroffiziere der Miliz müssen erheblieh mehr Schulen und Kurse durchlaufen; denn jeder Milizoffizier bildet seine Truppe selbst aus. Bekleidung, Bewaffnung und Ausrüstung haben die Milizsoldaten bei sich zu Hause. Außerordentliche Schutzwache aller Wehrpflichtigen und lebhafteste freiwillige Betätigung der waffenfähigen Jugend in Schützenvereinen und militärischen Fachvereinen bieten einen Ausgleich für die kurze aktive Dienstzeit.

Das Milizheer der Schweiz hat folgende grundsätzliche Vorteile:

Die Miliz mit allgemeiner Wehrpflicht ist das ursprüngliche und natürliche Wehrsystem eines Volkes. Alle wehrfähigen Bürger nehmen an der Landesverteidigung teil. Alle sind im Gebrauch der Waffen geübt, aber alle gehen im Frieden ihrer gewohnten Beschäftigung nach.

Die Miliz ist volkstämmlich. Sie tritt in Friedenszeiten wenig in Erscheinung und sie ist im Krieg das wahre Volk in Waffen. Der Wehrgedanke ist eine Sache des ganzen Volkes. Für pazifistische Propaganda bietet eine Miliz verhältnismäßig wenig Angriffspunkte. In Zeiten allgemeinen Wohlstandes ist der Ausfall an sogenannter produktiver bürgerlicher Arbeit sehr gering.

Das Milizsystem ist relativ billig. Immerhin darf man seine Kosten auch nicht unterschätzen. Das Wehrbudget der Schweiz mit 4 Millionen Einwohnern betrug 1931 etwa 102 Millionen Franc. Die Übertragung des Schweizer Systems auf Deutschland entsprechend seiner größeren Bevölkerungszahl würde also jährliche Gesamtaufwendungen von rund 1,5 Milliarden RM. ergeben, d. h. etwa das Doppelte des Reichswehrbudgets.

Diesen Vorteilen stehen natürlich auch Schwächen gegenüber.

Einer Miliz fehlt der innere Halt, den die längere Dienstzeit und die Eingewöhnung im ständigen Heeresrhythmus von Berufs Soldaten verleiht. Der bekannte Schweizer Oberst Wille urteilte im Herbst 1914: „Die mobilisierten Truppen besaßen

nicht den Grad militärischer Tüchtigkeit und Kampfbereitschaft, die der Krieg verlangt und dessen wir bedürft hätten, um einen feindlichen Einfall aufzuhalten. Unsere Truppen erdickten des inneren Zusammenhaltes. Ein gütiges Geschick hat der Armee diese Probe erlirapt. Der innere Halt hätte vielleicht nicht allen Wundlungen des Kriegsglücks standgehalten.“

Nach der Mobilmachung brauchte es volle fünf Wochen, bis eine Brigade ein brauchbares Kriegsinstrument wurde.“

Auch beim plötzlichen Einsatz im Innern zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung können Schattenseiten des Milizsystems zutage treten. Die Unruhen in Genf Anfang November dieses Jahres zeigten bei der Derwendung ungenügend ausgebildeter Milizfreiwilligen unglückliche Erfahrungen. In einem Land mit stärkeren inneren Spannungen, als sie in der Schweiz vorhanden sind, darf man diesen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen. Daß die in der Schweiz übliche Mitnahme von Waffen und Ausrüstung in den Zivilberuf für Deutschland die Gefahr des sofortigen Bürgerkrieges bedeuten würde, sei nebenbei vermerkt.

Ein weiterer Nachteil ist das beschränkte technische Können der Milizsoldaten. Der heutige Krieg fordert von dem einzelnen Soldaten selbständiges Handeln und hohe Fertigkeit im Gebrauch der vielgestaltigen technischen Kampfmittel. Natürliche Tapferkeit und Begeisterung können die Mängel einer kurzen Dienstzeit nicht völlig ausgleichen.

Die größte Schwäche des Milizsystems aber liegt in der Führerfrage. Die Bürgeroffiziere der Miliz mögen noch so tüchtig sein: Die Selbstsicherheit, das Wissen und Können des Berufsoffiziers in Ausbildung und Führung ist nur einzelnen erreichbar.

Die Schweiz kann diese Nachteile der Miliz in Kauf nehmen. Sie ist ein auf ewig neutralisierter Staat, insofern ihres Hochgebirgscharakters eine natürliche starke Festung, die Bevölkerung wehrfreudig und trotz der Sprachunterschiede einig im Willen zur Landesverteidigung.

Keine Großmacht hat bisher das Schweizer Milizsystem nachgemitt. Wohl aber findet man in der Heeresorganisation fast aller zivilisationsfreien Mächte die Übernahme jener Elemente des Milizsystems, die der Eigenart und den Bedürfnissen des Staates entsprechen. Fast alle Länder mit allgemeiner Wehrpflicht befehlen sich in der einen oder anderen Form zum Milizgedanken. In Italien steht neben dem aktiven Heer die freiwillige Miliz. In Rußland gibt es neben dem stehenden Heer die Miliz der Territorialtruppen. In Polen und der Tschechoslowakei teilen sich aktives Heer und milizartige Verbände (Schützenvereine, Soteln usw.) in die Wehrtüchtigung der Jugend. Mächte ohne allgemeine Wehrpflicht, wie England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, unterhalten neben einem Berufsheer Milizien als Territorialarmee bzw. Nationalgarde. Frankreich hat sich mit der Verkürzung der aktiven Dienstzeit der Milizausbildung genähert; es hat aber als Ausgleich die Zahl seiner Berufs Soldaten verdoppelt. Überall also sehen wir bei den großen Staaten eine Heeresorganisation, die das Berufssoldatentum mit den Vorteilen des Milizsystems verbindet.

Auch der französische Sozialist Jaurès, der kurz vor dem Weltkrieg in seinem aufsehenerregenden Buch „Die neue Armee“ die Grundzüge einer französischen Heeresorganisation auf dem Milizsystem aufzeigte, hat die Schwächen der schweizerischen Wehroerfassung klar erkannt. „Ich werde mich Mühen, zu verlangen, daß das Schweizer System ohne weiteres auf Frankreich übertragen werden soll.“ Jaurès will die Rekrutenausbildung, die er auf sechs Monate bemittelt, ganz Berufsoffizieren übertragen. Er fordert als Grundlage der Milizausbildung eine pflichtmäßige Jugendausbildung vom elften Lebensjahre an. Ein Drittel des Offizierskorps seiner Miliz soll aus Berufsoffizieren bestehen. Als Ergebnis seiner Vorschläge sieht er „eine Verteidigungsorganisation so stark, daß auch der Raubgierigste keinen Angriffsgedanken wagt“.

Aus dem bisher Gesagten geht klar hervor, daß für Deutschland in seiner heutigen Lage eine Übernahme des

Schweizer Milizsystems nicht in Frage kommt. Wir wissen andererseits zur Genüge, daß auch das Berufsheer allein unserer Bedürfnissen nicht entspricht. Wir kennen seine Vorzüge und Schwächen. Die Vorteile seiner schnellen Verwendungsbereitschaft, seiner inneren Geschlossenheit, des hohen Ausbildungshandes, können über die schweren Nachteile nicht hinwegtäuschen: Das Berufsheer muß zahlenmäßig schwach bleiben, denn es ist sehr teuer. Es fehlen ihm die ausgebildeten Reserven fast völlig. Es gerät infolge seiner Abgeschlossenheit in die Gefahr, die lebendige Fühlung mit dem Volke, dem es dient, zu verlieren. Von den besondern Fertigkeiten und Fesseln in organisatorischer und waffentechnischer Hinsicht, denen das deutsche Reichsheer unterworfen ist, ganz zu schweigen.

Nicht in der Fragestellung „Miliz oder Berufsheer?“, sondern in dem Zusammenhang „Berufsheer und Miliz“ liegt die Möglichkeit einer Lösung des deutschen Wehrproblems. Auch für absehbare Zeit wird dabei der Nachdruck auf dem ersten Wort, auf dem Berufsheer, liegen. Eine Abfassung der Reichswehr wäre schon aus innerpolitischen Gründen höchst bedenklich. Auch die Verwundbarkeit unserer offenen Grenzen, die Trennung Ostpreußens vom Reich, die entmilitarisierte Zone im Westen, das fehlen fähiger Grenzbesatzungen zwingen zur Aufrechterhaltung eines sofort einsatzbereiten Heereskörpers. Dieses Berufsheer aus den einseitigen und entwürdigenden Fesseln von Versailles zu lösen, ihm diejenigen neuzeitlichen Waffen zu geben, über die die Heere der Nachbarstaaten verfügen, ist eine der nächstliegenden Forderungen im Kampf um die Gleichberechtigung.

Neben dieses Berufsheer müßte eine Miliz treten. Finanzielle Rücksichten werden es vorerst nicht möglich machen, den Grundgeden der allgemeinen Wehrpflicht bei ihrem Aufbau in vollem Umfang zu verwirklichen. Aber auch bei einer zahlenmäßigen Begrenzung des Milizkontingents kann allmählich das Hauptmanko unserer derzeitigen Wehrverfassung, der Mangel

an ausgebildeten Reserven, einigermaßen gemildert werden. Staatspolitisch würde eine Miliz dazu beitragen, den Wehrgeanken im Volke zu verankern und innere Spannungen zu lösen. In einem Staat, der seine ursprüngliche Aufgabe, die nationale Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, mit einem geeigneten Machtmittel erfüllen kann, verlieren „Privatarmen“ ihre Doppelseitigkeit.

Der außenpolitische Kampf um die zukünftige Wehrform Deutschlands steht noch in seinem Anfangsstadium. Mehr als Grundgedanken zu sagen, wäre verfrüht. In seinen theoretischen Grundgedanken enthält der neue französische Abrüstungsplan, wie eingangs erwähnt, gewisse Berührungspunkte mit unseren Zielen. Wer diese als „Abrüstungs“ brandmarken will, spricht wider besseres Wissen oder verzieht auf das allen Völkern zugute kommende zusehende Recht auf nationale Sicherheit seines Staates. Frankreich hat eingesehen, daß der Teil V des Vertrags von Versailles moralisch nicht länger zu halten ist. Es belafet den ersten schärfsten Schritt zur deutschen Gleichberechtigung mit der untragbaren Hypothek seines Sicherheitsideals der „pax gallica“, mit Orlotarno und Genfer Generalakte. Deutschland kann diese Sicherheitsgarantien niemals unterschreiben. In seinem militärischen Teil aber brant der französische Plan an der widerstandsspoollen Zielsetzung, die Theorie der Gleichberechtigung mit der Praxis der Aufrechterhaltung des heutigen französischen Abrüstungsapparates und der wehrpolitischen Niederhaltung Deutschlands in Enflang zu bringen. Von französischer Abrüstungsbereitschaft ist im neuen Plan wenig zu finden. Sie immer wieder zu fordern, ist nach wie vor dringendes Gebot. Der allgemeine Übergang zu einer Wehrverfassung, die die Vorzüge des Berufsheeres und der Miliz übernimmt, die Nachteile beider Wehrformen nach Möglichkeit vermeidet, kann zu einer fähbaren Abrüstung führen und kann auch der deutschen Forderung nach gleichem Recht in der Wehrfrage Genüge leisten.

Der deutsche Wohnungsbau — Rückblick und Ausblick

(Zur Förderung des Eigenheimbaus durch die Reichsregierung)

Von Dr. Joachim Fischer

Seit Jahr und Tag mehren sich die Anzeichen, daß die deutsche Wohnungswirtschaft der Nachkriegszeit vor einem entscheidenden Wendepunkt steht. Diese Wendung ist 1931/32 erfolgt; grundlegende Strukturänderungen im Wohnungsbau sind in Erscheinung getreten. Der Zeitpunkt bietet Anlaß, Bilanz zu ziehen, das bisher Geleistete zu würdigen, die neuen Aufgaben aufzujzeigen.

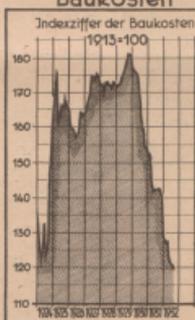
I.

Während des Krieges war die Bautätigkeit fast völlig zum Erliegen gekommen. Auch die Inflationsjahre ließen sie nur sehr unvollkommen wieder aufleben. Von 1918—1925 waren also weit über eine Million Wohnungen ungebaut geblieben, die normalerweise hätten gebaut werden müssen. Die notwendige Folge war eine Wohnungsnot von erschreckendem Ausmaße. Sie wurde verschärft durch den veränderten Woodlungsaufbau (starke Zunahme der Haushaltungen) und durch die Zwangswirtschaft, die die Umfächigung der Mieter hintanhieß.

Es ist aus mehr als einem Grunde verständlich, daß bei dieser Frage die maßgebenden Instanzen nach der Währungsstabilisierung alles daran setzten, um möglichst rasch eine rasche Wohnungproduktion in Gang zu bringen. Aber die Baukosten waren gegenüber der Dorkriegszeit wesentlich übersteuert, der Zinsfuß des für den Wohnungsbau unentbehrlichen Kapitalis äußerst hoch. Ohne Beihilfe aus öffentlichen Mitteln konnten daher Wohnungen zu tragbaren Mieten nicht erstellt werden, zumal die Wohnungszwangswirtschaft das allgemeine Mieterntbeu künstlich niedrig hielt. So entfiel man sich, große Teile der sogenannten Bauzinssteuer, die den Entschuldungsgewinn des Altwohnbesitzes erfassen sollte, in den Wohnungsbau zu leiten. Das erfolgte in der Weise, daß die Käuder, denen das Aufkommen der Steuer zufließt, den Bauzulässigen

solgen. Hauszinssteuerhypotheken zur Verfügung stellten, die entweder sehr gering oder auch gar nicht verzinst waren. Dadurch wurden die Kapitalzinsen — d. h. die jährliche Gesamtbelastung der Bauherren mit Zinsen und Tilgung — herabgemindert, die Baukostenübersteuerung wenigstens etwas ausgleichend. Das geschah freilich am fähigen allgemeinen Steigerung dieser Kosten; schwankte doch der Bauindex in den Jahren 1925—1930 zwischen 160 und 180 v. H. der Dorkriegskosten! Immerhin gelang es, folgende Wohnungszahlen zu erstellen (Zei-zugang):

Baukosten



1924	119.576	1928	230.424
1925	191.812	1929	238.862
1926	220.629	1930	250.260
1927	366.834	1931	201.701

Dagegenwärtig man sich, daß in der letzten Zeit vor dem Kriege jährlich etwa 200.000 Wohnungen erbaut worden sind, so wird man zugeben müssen, daß das Nachkriegsdeutschland auf diesem Gebiete beachtliche Leistungen aufzuweisen hat; durch sie wurde zweifellos die Wohnungsnot fähbar verringert. Zudem wurden in der Anlage der Siedlungen, in der Planung der Wohnungen und in ihrer hygienischen Ausstattung gewichtige Fortschritte erzielt. Sie fallen in die Augen, wenn man eine der modernen, son Licht, Luft und Sonne durchfluteten Siedlungen mit den traurigen Mietskasernen vergangener Bauperioden vergleicht. Es ist nicht unwichtig, an diese Dinge zu erinnern, weil das Erreichte in der öffentlichen

Meinung der Gegenwart von den Nachteilen der künstlich gesteuerten Bautätigkeit und den dabei gemachten Fehlern, zu denen vor allem die unangenehme Zunahme der Bauwirtschaft und die Überfäigerung der Baukosten gehört, überschattet zu werden droht. Zudem hatte, wie auf fast allen Gebieten, die wirtschaftliche Schmelzlinie das Augenmaß getrübt, so daß in nicht unerheblichem Umfange am

Bedarf vorbei gebaut wurde. Die Wohnungen wurden vielfach so aufwendig errichtet, daß die Bevölkerungsschichten, für die sie bestimmt waren, die Mieten nicht erwidern konnten und besser-gehaltene Kreise die Wohnungen einnahmen. Und während bei den Altwohnungen etwa die Hälfte Kleinwohnungen bis zu zwei Zimmern (einschl. Küche) sind, wurden in den Baujahren 1924—1929 nur etwa ein Drittel aller Wohnungen als Kleinwohnungen gebaut.

In den Jahren der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur machten die Folgeerscheinungen hieron sich jedoch zunächst verhältnismäßig wenig bemerkbar. Nachdem aber die „Schleier der Wohlhabenheit“ in der Deflation weggezogen, Löhne und Gehälter gesenkt wurden, zeigten sich die Schwierigkeiten, indem die Mieten der Neubauten dem zusammengefallenen Einkommen der Bewohner nicht ohne weiteres angepaßt werden konnten. Einkommensverluste sind in großem Umfang unvermeidlich, und Umschichtungen der Mieterkreise lassen sich nicht umgehen.

II.

Zun zur Bautätigkeit zurück. Nachdem der Sommer 1930 noch einmal eine besondere Förderung der Bautätigkeit durch ein mit 100 Mill. RM. dotiertes sogenanntes zusätzliche Wohnungsbauprogramm des Reiches gebracht hatte, zeichnete sich im Herbst des gleichen Jahres ein Wechsel in der Aufassung der entscheidenden Instanzen ab. Die Reichsregierung kündigte eine Drosselung der für den Wohnungsbau verfügbaren öffentlichen Mittel an und führte durch die 3. Notverordnung vom 1. Dezember 1930 den Wohnbauanteil am Aufkommen der Hauszinssteuer praktisch um etwa die Hälfte. Während in den vorhergehenden Jahren etwa je 400 Mill. RM. Hauszinssteuerhypotheken vergeben werden konnten, sank dieser Betrag 1931 auf etwa 400 Mill. RM. Auch die Anzahl der 1931 erfüllten Wohnungen ging erheblich zurück, freilich noch nicht im gleichen Ausmaße wie für den Wohnungsbau verfügbaren Mittel. Das erklärt sich daraus, daß Anfang 1931 noch ein starker „Überhang“ im Dorf- und kleineren Wohnbau vorhanden war; in der gleichen Richtung wirkte das starke Abgleiten der Baukosten und zugleich die Verkleinerung und erheblich bescheidene Ausstattung der Wohnungen. Aber schon das Jahr 1931 ließ die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern erschreckend steigen, so daß im Jahresdurchschnitt 23,7 v. H. der bei der freien Gewerkschaften organisierten Bauarbeiter arbeitslos waren. Gleichwohl wurde den Kennern der Verhältnisse klar, daß für 1932 mit irgendwie nennenswerten Beträgen aus dem Wohnbauanteil der Hauszinssteuer — der bis dahin das Rückgrat der Wohnungsbaufinanzierung gebildet hatte — nicht mehr zu rechnen war.

In dieser für die Wohnungswirtschaft fast verzwweifeltsten Situation fand im Herbst 1931 die Anfänglichkeit der Reichsregierung, sie werde die sogenannte Stadtrandfliegende der Erwerbslosen mit erheblichen Beträgen fördern, freudigen Überdass; freilich fehlte es auch nicht an Stimmen der Kritik an diesem Plan, der das Ziel verfolgte, möglichst viele Erwerbslose und Kurzarbeiter in kleinen bescheidenen Häusern mit Kambelange am Rande der Großstädte anzubauen. Durch die Mittelfrei beim Bau der Häuser sollten die Erwerbslosen die freiesten Oden und Hoffnungslosigkeit des Mühsitens entziehen werden; zugleich sollten sie durch die Möglichkeit, einen Teil des Lebensunterhalts aus eigener Scholle zu gewinnen, „kräftiger“ gemacht werden, für diese Art der Siedlung, deren Erfolge auch von vielen ursprünglich skeptischen Beurteilern anerkannt werden, wurden zunächst 48, dann nochmals 28 und schließlich 10 Mill. RM. als Zuschüsse für etwa 26 000 Stadtrandhäuser angelegt werden. Daneben sind rund 74 000 Schrebergärten für Erwerbslose geschaffen worden. Es gibt bringen zu wünschen, daß diese gerade psychologisch gesundheitsfördernde Aktion, deren Nutzen nicht allein mit dem Rechenstift festzustellen werden darf, auch weiterhin gefördert wird.

III.

Das Jahr 1932 ist hinsichtlich des Wohnungsbaues durch zwei entscheidende Tatsachen gekennzeichnet, die den Strukturwandel offenbaren: Das Verliegen fast aller Quellen, die bisher den langfristigen Wohnbaufredit gespeist haben, darunter vor allem auch der öffentlichen Mittel, und der Übergang zum Miethausbau zum

Kleinhaus, namentlich dem Eigenheim. Die schon vorher angedeutet, sind 1932 öffentliche Mittel — abgesehen von der Förderung der Stadtrandfliegende — dem Wohnungsbau nur noch in ganz bescheidenem Ausmaße zugeflossen. Da auch fast alle übrigen Quellen des für den Wohnungsbau bestimmten langfristigen Kredits (Hypothekendarlehen, Sparkassen, Sozialversicherungssträger, öffentliche Kreditanstalten usw.) nach dem Zusammenbruch des Kapitalmarktes im Juli 1931 völlig unergiebig blieben, war eine Wohnbaufinanzierung, wie sie bisher üblich war, nicht mehr möglich. Die Bautätigkeit ging immer mehr zurück. Konnten 1931 immochin noch 230 000 Wohnungen gebaut werden, so werden 1932 kaum mehr als etwa 120 000 Wohnungen erfüllt werden. Aber auch diese Zahl würde nicht erreicht werden, wenn nicht die Stadtrandfliegende einen gewissen Rückhalt würde und wenn nicht ersteinstufige der Eigenheimbau allen Schwierigkeiten zum Trotz eine erstaunliche Widerstandskraft besitzen hätte. Mit eigenen Sparkapital, mit fremden- und Verwandtenhilfe suchten viele die Sehnacht nach dem Eigenheim, die dem Deutschen im Blute fließt, in die Tat umzusetzen. Namentlich in den Mittel- und Kleinstädten, wohin sich der Schwerpunkt der Bautätigkeit verlagert, ist das zu beobachten. Es kann einem Zweifel nicht unterliegen, daß der Bau zum Eigenheim sich noch viel härter durchziehen könnte, wenn nicht vielen Bauhäufigen ein gewisser Spitzbetrag am Baukapital fehlen würde, der ohne öffentliche Hilfe nicht aufzutreiben ist.

Hier will die Reichsregierung Hilfe bringen, um diese Gefahr Entzündung zu unterliegen. Sie hat sich entschlossen, bis zu 20 Mill. RM. zur Förderung des Baues von Eigenheimen bereitzustellen. Diese Gelder werden allerdings erst in den Rechnungsjahren 1935/1934 fließen; die Zulagen sollen aber alsbald erfolgen, da die Zwischentfinanzierung keinen unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet. Für die Förderung kommen nach den Richtlinien, die vor einigen Tagen veröffentlicht worden sind¹⁾, bescheidene Eigenheime in Betracht, deren Baukosten — ohne den Wert des Grundstücks — in der Regel etwa zwischen 4000 und 6000 RM. liegen werden. Dabei soll freilich bevorzugt eine liberale Handhabung der Grenzen nach oben stattfinden, so daß in Ausnahmefällen auch Eigenheime, die bis zu 10 000 und 12 000 RM. fallen, berücksichtigt werden können. Die Reichshypotheken werden durch die Länder in kleinen Abschnitten von durchschnittlich 1500 bis 2000 RM. vergeben. In Ausnahmefällen nämlich dann, wenn es sich um kinderreiche Familien handelt oder wenn in das Haus eine zweite Wohnung eingebaut wird, darf das Reichsbaukredit 2500 bis 5000 RM. betragen. Die Reichshypotheken sollen je nach der Rangstelle, die ihnen eingeräumt wird, mit 4 bis 5 v. H. verzinstlich und mit 1 v. H. jährlich tilgbar sein. Um übrigen werden nur solche Bedingungen gefordert, wie sie jeder solide Gebotgeber zur Sicherung seines Kapitals stellen muß.

Berücksichtigt werden können nur solche Bewerber, die die übrige Finanzierung des Bauvorhabens durch Eigenkapital in Höhe von 30 v. H. des Bau- und Bodenwertes, und falls erforderlich, durch Hypotheken, die sie sich von Verwandten usw. besorgen, nachweisen können.

Man darf dabei nicht übersehen, daß die Eigenheimaktion des Reiches nicht allein wohnungspolitische Ziele verfolgt, sondern vor allem der Arbeitsbeschaffung dienen soll. Sie soll der Bauwirtschaft — die in seltenen normalen Bautätigkeit schätzungsweise ein Sechstel bis ein Siebtel der Gesamtbevölkerung beschäftigt hat, während jetzt 80 v. H. der Bauarbeiter erwerbslos sind — gewisse Anregungen geben; zugleich soll sie das gebortete Sparkapital aus den Strümpfen und Taschen hervorlocken und dafür eine sichere Anlagemöglichkeit schaffen. Dieser Erfolg wird aber nur dann eintreten, wenn man dem Bauherren, der ja viel eigenes Kapital in den Bau hineinstecken soll, keine allzu einengenden Vorschriften macht. Man muß ihm vielmehr grundmäßig so bauen lassen, wie das seinen Wünschen und Bedürfnissen entspricht. Beim Eigenheimbau ist diese klassische Anpassung an die Strömungen, die in der Bevölkerung lebendig sind, um so eher möglich, als der Eigenheimgedanke zweifellos an sich sehr gesund ist. Wie ihn die Vergangenheit gelehrt hat, wird ihm auch die Zukunft gehören.

Die Quellen der langfristigen Wohnungsbaufinanzierung



Die Wohnungsbautätigkeit



¹⁾ Vgl. den Aufsatz von Reichsminister Dr. Goebbels, „Verlässliche Kleinrentierung“ in Heft 25, Jahrgang 1931 des „Heimatsdienstes“.

²⁾ Vgl. „Reichszeitung“ vom 15. 11. 1932.

IV.

So haben sich, wie gezeigt, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues die Stadterneuerung und der Eigenheimbau in den Vordergrund gehoben. Daneben steht naturgemäß die Erhaltung und Verwertung des vorhandenen Wohnungsbestandes, wobei die Anpassung zu großer Wohnungen an die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung durch Teilung und Umbau eine bedeutende Rolle spielt. Auch diese Aufgaben werden von der Reichsregierung im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms mit einem Betrage von 50 Mill. RM. unterstützt). Schließlich darf nicht übersehen werden, daß auch die landwirtschaftliche Siedlung, die im Rahmen dieses Lastjahres nicht näher behandelt werden kann, der Bauwirtschaft zugute kommt und den Wohnungsmarkt entlastet. Aber bei aller Bedeutung, die man der landwirtschaftlichen Siedlung zuerkennen muß, darf man doch die Zahl der Siedlerstellen, die auf dem Lande geschaffen werden können, nicht überschätzen. Die Möglichkeiten, die hier vorhanden sind, sind beschränkt.

So bleiben dem eigentlichen Wohnungsbau noch große Aufgaben zu lösen. Man ist in der Öffentlichkeit durch das Streichen von Wohnungen manderorts die Auffassung verbreitet, daß eine Wohnungsnacht nicht mehr vorhanden sei. In dieser Verallgemeinerung ist diese Ansicht zweifellos unzutreffend. Nur der subjektive Wohnungsbedarf, d. h. die Nachfrage, ist sehr zurückgegangen, aus dem einfachen Grunde, weil viele von denjenigen, die an sich eine Wohnung benötigen, nicht mehr in der Lage sind, sie zu erwirken. Aber ebenso, wie wohl niemand auf den Gedanken kommt, daß die Bevölkerung nicht mehr existiert, weil die Nachfrage nach warmen Wintermänteln stark zurückgegangen ist, auch die Annahme ein Jrrtum, daß der Rückgang der Zahlungskraft der Mieter und damit des subjektiven Wohnungsbedarfs das Ende der Wohnungsnacht bedeute. Objektiv ist dieser Wohnungsbedarf in der letzten Zeit noch gestiegen, weil wir nicht mehr eine dem Zugang an Haushaltungen entsprechende Zahl an Wohnungen errichten und weil gleichzeitig die aus den teuren Großwohnungen auszuführenden Mieter den Markt der billigen Kleinwohnungen stark belasten. Die neueren Forschungen über die Bevölkerungsentwicklung, namentlich von Burgdörfer und Wagner) haben

ergeben, daß wir noch auf eine Reihe von Jahren hinaus mit einer großen Zahl von neu hinzuzuwachsenden Haushaltungen rechnen müssen, eine Erscheinung, die auf den eigentlichen Aufbau der Bevölkerungspyramide in Deutschland mit seiner überalterten Bevölkerung zurückzuführen ist. Dazu kommt der seit vielen Jahren aufgelaufene Wohnbedarf; auch die Seitengänge der Kulturländer der Erbdauquartiere muß früher oder später in Angriff genommen werden. Schließlich hat es im Augenblick keinen Sinn, die Augen vor den harten wirtschaftlichen Tatsachen zu verschließen und Wohnungen zu bauen, für die nachher keine Abnehmer vorhanden sind. Es kommt vielmehr darauf an, zunächst einmal den vorhandenen Wohnungsbestand durch Umbau, Teilung usw. so zweckentsprechend wie nur irgend möglich auszunutzen und im übrigen durch Eigenheimbau, Stadterneuerung und landwirtschaftliche Siedlung eine gesunde Umwidmung der Bevölkerung nach dem Lande zu fördern. Mietwohnungen sollten nur da in Form billiger Kleinstwohnungen errichtet werden, wo ihre Vermittlung geordnet erscheint. Elastische Anpassung an die Standortverlagerungen der Industrie, an die großen Binnenwanderungsbewegungen ist für den Wohnungsbau geboten, damit Kapitalfehllagen vermieden werden. Es muß auch überlegt werden, ob man im Hinblick darauf, daß voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten ein Stillstand, wenn nicht gar ein Rückgang in unserer Bevölkerung eintreten wird, sich damit begnügen kann, Wohnungen von verhältnismäßig geringer Lebensdauer zu errichten.



Der enge Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbau darf aber auch nach der positiven Seite nicht übersehen werden. Wenn man nicht will, daß die Kinderlosigkeit weiter zunimmt, sondern umgekehrt der Bevölkerungszunahme entgegenwirken möchte, dann muß man auch dafür sorgen, daß menschenwürdige Wohnungen zu erschwinglichen Mieten in genügender Anzahl zur Verfügung stehen. Käuft man in den nächsten Jahren die Wohnungsnacht sich vorzögern, so treibt man, das kann keinem Zweifel unterliegen, eine negative Bevölkerungspolitik. Und da eine gesunde Wohnungspolitik zugleich die beste Sozialpolitik ist, wird man nicht in den Bemühungen erlahmen dürfen, jedem Deutschen endlich seine gesunde Heimstätte zu schaffen.

Ein deutsches Luftfahrtmuseum in Berlin

Die draakonischen Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages, die befählicht Deutschland das Halten jeder Luftwaffe verbieten, ohne den ehemaligen Kriegsgegnern dieselbe Bestimmung aufzuerlegen, haben die friedliche Entwicklung der deutschen Luftfahrt nicht aufzuhalten vermocht. Deutsche Flugzeuge und Luftschiffe liefen es, die seit Jahren die Welt überqueren und in beispiellosen Leistungen von Mensch und Material immer neue Proben von deutscher Mächtigkeit und Unternehmungskraft ablegen. Deutsche waren es, denen die erste Überfliegung des Ozeans von Osten nach Westen gelang. Deutscher Erfindergeist und deutsches patriotisches Können haben die Errichtung eines fähigen Luftverkehrs zwischen Friedrichshafen und Pernambuco ermöglicht, die Leistungen nicht zu zählen, die von dem Riesenflugzeug Do X und fähigen deutschen Fliegern und Fliegerinnen in den letzten Jahren vollbracht worden sind.

Da war es nur begrifflich, daß sich schon lange Zeit weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit mit dem Gedanken trugen, durch die Errichtung eines Deutschen Luftfahrtmuseums ein Zentrum zu schaffen, durch das weithin sichtbar die Pionierarbeit der Deutschen auf allen Gebieten der Luftfahrt für Zeit und Nachwelt festgehalten wurde. Die Verwirklichung dieses Gedankens ließ auf manche Schwierigkeiten, nicht zuletzt durch die Not, in der sich fast alle Nationen befinden. Jetzt hat aber Berlin dieses Museum, und es darf stolz darauf sein, wenn auch die Unterbringung in einer ehemaligen Automobillhalle auf dem Johannisthaler Fluggelände ein Nothelfer ist und der Bau eines richtigen Museums auf dem Tempelhofer Feld besseren Zeiten vorbehalten bleiben muß.

Jedes Museum, das sich wachsender Beliebtheit im Volksmund erfreuen soll, muß sich an die Augen des Publikums richten. Dieser

forderung hat die Museumsleitung weitgehend Rechnung getragen. Hauptmann a. D. Krupp, der sich auch sonst große Verdienste um die deutsche Luftfahrt erworben hat — er hat unter anderem das erste Riesenflugzeug, den Vorläufer des Do X, R. 50 während des Krieges eingeleitet — hat mit einem Tausend Berliner Volksgenossen ein Museum aufgebaut, das äußerlich geordnet, eigentümlich alles zeigt, was man von der deutschen Luftfahrt wissen muß. Die stärkste Anziehungskraft werden natürlich die Flugzeuge selbst ausüben, die hier vom kleinsten bis zum größten, vom motorlos beschwingten bis zum schwersten Kanbflyer gesammelt vorliegen sind. Sehenswertes gibt es genug. Da ist Kilienthals erste Segelflugzeuge, der amerikanische Doppeldecker der Gebrüder Wright, mit dem diese im Jahre 1908 ihre Flüge auf dem Tempelhofer feld ausgeführt haben, da sind eine Reihe schwer beschwommener Flugzeuge unserer Kriegsgenossen, die während des Krieges in unsere Hände gefallen sind, da ist vor allem jener schon längsthat ammutende rote Jagd-Einflieger Richthofens, mit dem er so manchen Gegner aus der Luft heruntergeholt hat und der für uns noch diebstals als unermägliches Zeugnis jenes Mannes, der die meisten Flüsse des Weltkrieges an seine Fahnen geheset hat. Wir wandern durch die weite Halle und werden immer wieder von einem Gegenstand, einer Tabelle, einem Modell angezogen. Auf einer Tabelle sieht: Deutschland 1917: 19 700 Flugzeuge, 1919: 144. Und so spricht noch manche andere Tafel von den verheerenden Auswirkungen des Friedensvertrages auf die deutsche Luftfahrt.

Weiter wandern wir, weiter, um schließlich im Ehrenraum der deutschen Luftfahrt und in der einen Stod höher untergebrachtem aviatischen Sammlung Colnary erschüttert zu stehen vor dem feinsten Tisch und Opfermal der deutscher Luftkrieger. Viele Opfer hat die deutsche Luftfahrt gefordert, viele sind gefallen im Krieg und im Frieden, aber die deutsche Arbeit geht weiter. Dafür zeugt auch dieses mit so beschiedenen Mitteln aufgebaute Museum, das in dieser Art einzig in der ganzen Welt ist.

Dr. Paul Herzog.

) Vgl. „Heimatdienst“ 1930, S. 215.
) Vgl. u. a. Wagner, „Gute Nacht, zu wenig Kinder“ in Heft 16, 6. Jahrgang 1931 des „Heimatdienst“.

Zur Zeitgeschichte

Deutscher Sieg im Saargebiet

Im Saargebiet haben am 13. November Wahlen für die Gemeindevertretungen und Kreisstage stattgefunden. Ihr Ergebnis ist, wie erwartet werden konnte, ein überältigender Sieg des Deutschtums. Die Einzelheiten des Wahlergebnisses spielen keine Rolle. Auch im Saargebiet ist die Zahl der Parteien nicht gering. Über alle parteiischen Meinungsstufen hinweg ist jedoch ein einheitlicher Gedanke an diesem Wähler mit aller Klarheit zum Ausdruck gebracht worden: Das Saargebiet gehört zu Deutschland! Die Separatisten haben eine schwere, zu vermeintliche Niederlage erlitten. Die sogenannte „Unabhängige Arbeiter- und Bürgerpartei“, von den französischen Bergwerksbeamten und einem Häuflein separatistischer Saarländer geführt, als „franzosenfeindlich“ gebrandmarkt, hat in etwa 12 Orten Kandidaten aufgestellt und im ganzen nur 7 Kandidaten in kleineren Gemeinden durchgebracht. Bei den Kreistagen geht diese franzosenfreundliche Partei sogar völlig leer aus. Im ganzen Saargebiet wurden 4506 Gemeindebevollmächtigte und Kreisratsmitglieder gewählt, davon, 396 und schreibe, 7 franzosenfreunde. Also: 99,30 v. H. Vertreter deutscher Parteien, 0,15 v. H. Vertreter der franzosenfeindlichen — eine Abgabe an Franzosentum und französisches Machtstreben, wie sie eindringlicher gar nicht gedacht werden kann.

Es ist gewiß nicht das erste Zeichen der 800 000 Saarländer zum Deutschtum. Niemals haben die Bewohner dieses an Bodenschätzen und landschaftlichen Schönheiten reichen Gebietes aus ihrer wahren Genügnung einen Hehl gemacht. Man könnte zahlreiche Meinungs- und Stimmungsäußerungen dieser Art zusammenstellen. Seit 1919 unter härtesten französischen Druck, haben die Saarländer aller Gewalt und allen Verhöhnungen Frankreichs widerstanden. Frankreich ist imwider der geschnitten Kohlengruben des Gebietes, alle wichtigsten Posten in der oberen Verwaltungshierarchie sind mit Franzosen besetzt, das Saarrevier ist in das französische Zollgebiet eingegliedert, Frankreichs politische und wirtschaftliche Machtstellung ist also überragend; es herrscht — aber das Herz des Volkes schlägt für Deutschland. Man ist wachsam, ringt und kämpft, harret einmütig des Tages, an dem mit dem Stimmzettel für die Rückgliederung der Heimat an das Deutsche Reich eingetreten werden kann. Spätestens im Jahre 1935 wird diese Stunde der Abrechnung schlagen. Die Wahl am 13. November aber kann als siegreiches Vorgefühl gelten.

Sehr.

Ringendes Deutschtum in Eupen-Malmédy

Das Deutschtum in allen vom Reich abgetrennten Gebieten ist trotz härtester Schicksalschläge nicht zerbrochen. Das erweist sich immer wieder von neuem. Auch die belgischen Wahlen vom 27. November haben diese Tatsache für das Gebiet von Eupen-Malmédy bestätigt. Durch den Verfall der Machtfrage wurde Eupen-Malmédy mit seinen 60 000 Einwohnern vom deutschen Mutterland abgetrennt und Belgien überliefert. Ein höchst zweifelhaftes, von Deutschland nicht anerkanntes Verfahren, fälschlicherweise Volksabstimmung genannt, sollte bekanntlich im Jahre 1920 diese Lösung vor den Augen der Welt begründen, gleichsam „legalisieren“. Ein erfolgloser Versuch! Die Wahlen zum belgischen Parlament lehren wiederum deutlich genug, in wie hohem Grade die Bevölkerung Eupen-Malmédyes es für notwendig hält, die Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit ihrer Heimat nach gerechten Grundsätzen zu wiederholen. Hier das Wahlergebnis aus Eupen-Malmédy-St. Dith:

Christliche Volkspartei (deutsch)	7456	(7740)
Sozialisten	2886	(5165)
Belgische Kath. Union	8054	(2622)
Liberalen	471	(671)
Kommunisten	358	(75)

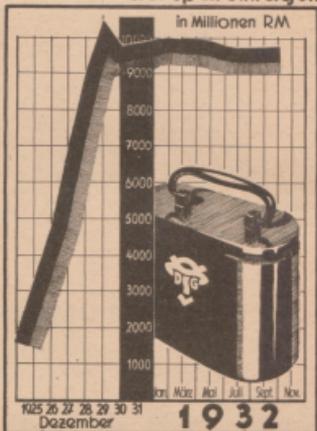
In Klammern sind die Zahlen der Parlamentswahlen von 1929 wiedergegeben. Insgesamt wurden 16 205 Stimmen abgegeben, davon entfallen 10 542 auf die deutsche Christliche Volkspartei und die Sozialisten, die beide für eine Wiederholung der Abstimmung eintreten. Auch die Kommunisten sind abstimmungsfreundlich. Diese starke Mehrheit wird übrigens erreicht, obwohl das Vorgehen hoher kirchlicher Würdenträger, insbesondere des Bischofs von Lüttich, der deutschen Sache abträglich war. Sie forderten nämlich die Katholiken auf, ihre Stimmen nur der Belgischen Katholischen Union zu geben. Dadurch ist das politische Wahlergebnis verzerrt worden. Denn es befinden sich zahllos unter den Wählern der Katholischen Union sehr viele, die dem Verlangen des Klerus als treue Kinder ihrer Kirche folgten, ohne sich jedoch dadurch mit den politischen Zielen der Katholischen Union einverstanden zu erklären. Denn diese Katholische Union lehnt das wohlverdienteste Streben der deutschstämmigen Bevölkerung nach neuer Abstimmung ab. Mit anderen Worten: Sichtlich sind viele deutsche Wähler in Eupen-Malmédy nicht einverstanden mit dem politischen Kurs der ab-

stimmungsfeindlichen Katholischen Union, die sie seitlich unter dem Einfluß der Kirche wählten. Ohne das Eingreifen geistlicher Würdenträger wäre der Sieg der deutschen Sache sichtlich noch sichtbarer und größer gewesen, als er sich heute darstellt. Man kann es aber auch von einer anderen Seite betrachten: es spricht für die Stärke des deutschen Dolens in Eupen-Malmédy, daß trotz des ungewöhnlichen kirchlichen Eingriffs noch eine so starke Mehrheit der abstimmungsfreundlichen Parteien erzielt wurde. Sehr.

Die Spareinlagen wachsen wieder

Unter den günstigen Wirtschaftssymptomen, die sich im letzten Vierteljahr gezeigt haben, verdient eines besondere Beachtung: Die Spareinlagen der deutschen Sparkassen wachsen wieder! Als im Juni 1932 die Abtragung kurzfristiger Auslandskredite die Referenzen der Reichsbank bedenklich verminderte, zeigten sich erkennen die Bilanzen der deutschen Sparkassen eine Abnahme der Einlagen. Die Bankenfische vom Juli 1931 verpörrte die Neigung zum Überheben namhafter Summen. Gehalts- und Lohnentzügen, dazu die Hoffenarbeitslosigkeit, ließen auch im Winter 1931/32 keine Erholung dieser großen Kreditinstitute zu. Die Panik vom Sommer war freilich überwunden, nachdem sichergestellt hatte, daß die Institute zur Befriedigung jedes Rückzahlungswunsches imstande waren. Aber jetzt war es die wirtschaftliche Not, die ein dauerndes langsames Absinken der Einlagen hervorrief. Nur zum Jahresbeginn und am Anfang des zweiten

Wieder Zunahme der Spareinlagen



Dritteljahres des Jahres 1932 zeigte sich infolge von Zins- und Anwerterungs-Garfisferten ein Anstieg. Tatsächlich überwogen in jedem Monat die Auszahlungen die Neueinlagen. Das ist seit August dieses Jahres anders geworden. Ende Juli 1932 war bei 978 Mill. RM. der Tiefstand der Spareinlagen erreicht. Gegenüber dem Höchststand vom Mai 1931 betrug der Rückgang ziemlich genau 1/5 Milliarden RM. Seitdem ist ein langsames Anwachsen zu verzeichnen. Der Einlagenstand betrug Ende Oktober wieder 9756,5 Mill. RM. Der Zuwachs im Oktober 1932 betrug allein 26,5 Mill. RM., von denen auf Zins- und Aufwertungs-Garfisferten nur 11 Mill. RM. entfallen. Der Überfluß der Einzahlungen über die Auszahlungen in Höhe von 15,2 Mill. RM. innerhalb eines Monats ist ein Beweis mehr dafür, daß das Vertrauen im deutschen Dolke wächst und daß die wirtschaftlichen Verhältnisse es einer wachsenden Zahl von Menschen gestatten, kleinere Rücklagen zu machen. Eine Befähigung der günstigen Wirtschaften, das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zur Folge gehabt hat.

Steuergutscheine, Bfese und Publikum

Im Gegensatz zu den bisherigen Arbeitsbeschaffungsplänen, die nur einzelnen Industriezweigen oder bestimmten Ausschnitten der Wirtschaft zugute kommen, meist auch mit künstlicher Kreditausweitung und damit mit der Gefahr einer Währungsverfälschung verknüpft sind, steht die im Wirtschaftsplan vom 4. September vorgeschlagene Schaffung von Kreditmöglichkeiten durch ein neues Finanzinstrument, den Steuergutschein.

Wer in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1933 Kalla wohnende Steuer — im wesentlichen Umfahrgeld, Gemeindefeuer, Grundsteuer — entrichtet, erhält folgend einen Teil seiner Zahlung in Steuerzuschüssen des Reiches zurück; dafür das Reich verzichtet auf einen Teil der Steuer für die Jahre 1934 bis 1939 im Voraus. Es läßt der Wirtschaft mit andern Worten einen erst in diesen kommenden Jahren tragbaren Steuernachlaß schon heute zugute kommen. Die Steuerzuschüsse, denen für jedes der Rechnungsjahre vom 1. April 1934 ab 4 v. H. des Nettobetrages als Aufgeld zugerechnet werden, werden von den genannten Steuern in Höhe von 20 v. H. ausgedrückt. Wenn J. B. 2000 laufende Kalla Umfahrgeld zahlte, erspart er 400 K.M., was 2000 laufende Gemeindefeuer umfaßt, erhält 80 K.M. Steuerzuschüsse. Für die diesbezügliche Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß die Reichszentrale für Heimatdienst in einem prägnanten Wegweiser durch den Wirtschaftsplan bereits die Einzelheiten, namentlich auch über die Derwertungsmöglichkeiten der Steuerzuschüsse, bekanntgegeben hat.

Da es sich bei diesem System um etwas wirtschaftlich durchaus Neues handelt, ist es verständlich, daß noch viele Zweifelsfragen geklärt werden müssen, wozu u. a. die Frage der Mißbilligkeit gehört.

Ein wesentlicher Fortschritt ist infolged zu verzeichnen, als seit Anfang November der Steuerpflichtigen ein Antragsbetrag von 100 Mark und darüber an den deutschen Behörden abgefordert werden. Die ersten amtlichen Notierungen stellen sich wie folgt: 1934: 90% u. H., 1935: 85 v. H., 1936: 80 v. H., 1937: 75% u. H., 1938: 71 v. H.

Man ist aber gleich einem Schritt weiter gegangen. Um den Besitzern von Steuerzuschüssen über 50 K.M. die Verwertung ihrer Stille zu ermöglichen, ist nämlich Vorfrage getroffen worden, daß diese Steuerzuschüsse von den Eigentümern zum Durchschnittssatz der fünf Jahresfristigkeiten der an der Börse eingeführten Steuerzuschüsse, der ein Tage vorher notiert ist, verkäuert werden können. Durch einen Kursabschlag in Höhe von 5% v. H. des Nettobetrages werden alle Verkaufsstellen einschließlich der sogenannten Manipulationsgebühr abgeboten. Die Banken, Sparkassen und Genossenschaften haben zugesagt, den Ankauf der kleinen Steuerzuschüsse zu den vorgenannten Bedingungen vorzunehmen. Danach wird also jeder Besitzer von Steuerzuschüssen über 50 K.M. in der Lage sein, seine Stille zu verwerten.

Zur Zeit lautet der kleine Schein auf 50 K.M. Infolgedessen dürften die leistungsschwachen Steuerpflichtigen, also im wesentlichen heute der Mittelstand, der Handwerker und der kleinere Gewerbetreibende, erst spät, nämlich nach Ersetzung eines Scheines betrags von 125 K.M., in den Besitz eines Guthschines über 50 K.M. kommen. Diesem Ablauf soll in nachstehender Weise abgesehen werden. Steuerzuschüsseberechtigter, deren gutschinefähige Beträge im Laufe eines Kalenderjahres 50 K.M. nicht erreichen, können bei ihrem Finanzamt die Ausfüllung einer Bescheinigung über die Höhe ihres Guthschinanspruches beantragen. Diese Bescheinigung überfordert das Finanzamt einer von dem Antragsteller zu benennenden Bank, Sparkasse oder Genossenschaft. Das betreffende Kreditinstitut schreibt dann die aus dem einzelnen Bescheinigungen sich ergebenden gutschinefähigen Beträge dem Konto des Steuerpflichtigen zu und kann ihm hierauf Kredit gewähren. Die Bank usw. sammelt die Bescheinigungen der verschiedenen Kontoinhaber und tauscht sie bei einer Finanzkasse gegen Steuerzuschüsse um. Durch dieses Verfahren wird erreicht, daß auch kleinere Beträge baldigst verwertet werden können.

Die Tatsache, daß der besondere Charakter der Steuerzuschüsse infolge der Selbstbeihilfe durch den Besitzer, d. h. durch die Verrechnung bei der Steuerzahlung, ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist gegenüber dem Herkömmlichen, ist nach Ersetzung eines Scheines, das jemand für dieses neue deutsche Geld jetzt wahlweise in Wertpapier bei einem Börsenkurs von etwa 90% u. H. für die 1934er Scheine eine Effektivverzinsung von nahezu 10 v. H. nach Hause bringt, sollte ein Anteil für alle diejenigen Kreise sein, die leider noch immer Reichsmarkbeträge gehäufert haben, um die durch den Verkauf an den Markt gelangenden Steuerzuschüsse zu erwerben. Es kann auch heute schon aus der Praxis festgestellt werden, daß erhebliche Beträge flüssiger Gelder sich für eine Anlage in Steuerzuschüssen interessieren. Die günstige Aufnahme, die das System der Steuerzuschüsse gerade im Mittelstand gefunden hat, läßt die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß die Nachfrage nach Steuerzuschüssen zunehmen wird. Das wesentliche ist hierbei die allgemeine Besserung der Staatsrenten, die überhaupt erst eine geeignete Plattform für den Markt der Steuerzuschüsse geschaffen hat.

Nachdem man dazu noch, daß durch die sogenannte Beschäftigungsprämie, d. h. die Guthschine, die ein Unternehmer beanspruchen kann, der seine Beschäftigung vergrößert, eine Zehlung der Unternehmensinitiative herbeigeführt wird, die sonst kaum von einem allgemeinen Programm erreicht worden wäre, so kann man mit Zug und Recht sagen, daß dieses System unter den jetzigen Umständen ein wesentliches Grundlag für die Wiederanbahnung der deutschen Wirtschaft und für einen erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bedeutet.

J. Hildebrandt.

Rückkehr aufs Land

Das Rückfließen der Bevölkerung von der Stadt hinaus aufs Land bedeutet die Umkehr einer Entwicklung, deren Anfänge über hundert Jahre zurückliegen. Um geschaffen wird diese Bevölkerungsveränderung an den Wanderungsverlusten der Großstädte, und hier wiederum des Industriegebiets, sichtbar. Die Stadt Berlin bedeuft jetzt mehr als 50 Jahren den sinkenden Geburtenüberschub durch Zuwanderung. Das starke Wachstum wurde nur durch den gewaltigen Zuzug von außerhalb ermöglicht, der nicht zuletzt ein Ergebnis des gleichen Industrialisierungsprozesses war, der namentlich vom Stillstand gekommen ist. Zwar herrschen im Jahre der Schicksalsliste unserer Wirtschaft, also die Jahre 1923 bis 1929, der Großstädte nochmals einer Bevölkerungszyklus; doch machte dieser letzte Aufschwung in den darauffolgenden Jahren wirtschaftlichen Niedergangs die Umkehr der Wanderungsbewegung um so sichtbar.

Wir sehen heute erst in den Anfängen dieser Entwicklung. Trotzdem liegen schon statistische Zahlen vor, deren zukünftige Auswirkung man in ihrem ganzen Umfang vorläufig nur ahnen kann. Der Bevölkerungserlös Berlins durch Abwanderung beträgt auf tausend Einwohner im Jahre 1929: 0,2; 1930: 2,0; 1931: 6,0; und wenn im laufenden Jahr die bisherige Entwicklung anhält — und es gibt keinen Grund zu einer gegenteiligen Annahme —, so wird der Verlust für 1932 etwa 15 betragen. Der überwiegende Teil der Rückwanderer besteht aus Kindern, die sich in den Städten eine neue Erziehung zu schaffen gedachten und mit dem Elend großstädtischer Arbeitslosigkeit den Weg zurück zur Scholle suchten. Aus ihren Reihen hauptsächlich kommen jene Siedler, die unter größten Entbehrungen und Schwierigkeiten wieder ein Stück eigenes Land erwerben möchten.

Nicht nur die Großstadt zeigt diese Entwicklung zur Stadtflucht, die gleiche Erscheinung ist auch an den mittleren Städten erkennbar, wenn auch nicht in so ausgeprägter Form. Das mag zum Teil seine Ursache darin haben, daß die Rückkehr aufs Land meist nicht unmittelbar aus der Großstadt erfolgt, sondern die Provinzstadt als Vermittler, sozusagen als Durchgangsstation, dazwischengeschaltet liegt. Am häufigsten ist die Rückwanderung bei den Städten mit einschließlicher Wirtschaftskraft. Da steht an erster Stelle Gelsenkirchen, eine ausgeprägte IndustrieStadt. Der Abwanderungserlös beträgt auf tausend Einwohner gemindert 21. Dann folgt Hamburg mit seiner überlegend handelswirtschaftlichen Struktur und einem Erlös von 18 Einwohnern auf tausend.

Die Wirtschaftskrise hat damit eine Entwicklung beschleunigt, die früher doch stattgefunden hätte, und es ist durchaus unwahrscheinlich, daß nach dem Abklingen der Krise die Bevölkerungsentwicklung wieder die alte Bahn einschlägt. Wenn auch diese Bewegung der Rückwanderung auf das Land sich heute noch in den ersten Anfängen befindet, so muß doch das große zentrale Problem der Zukunft ins Auge gefaßt werden, wie es ermöglicht werden soll, der wachsenden Schicht mit dem Ziel „Zurück aufs Land“ praktische Rechnung zu tragen.

Der polnisch-sowjetrussische Pakt

Der vom polnischen Staatspräsidenten ratifizierte polnisch-russische Nichtangriffspakt, dessen Ratifikation durch das Präsidium des Zentralexekutivkomitees der Sowjetunion unmittelbar bevorsteht, bildet den Abschluss einer Serie von Verhandlungen, die seit 1926 zwischen den beiden Staaten stattgefunden haben. Der Abschluss ist unter wesentlich anderen Umständen erfolgt, als zu Anfang polnisch-russischer Zeit in Warschau, als ursprünglich sollte er nur gemeinsam mit Rumänien und der Verbündeten Polens, erfolgen, aber die zwischen Rumänien und der Sowjetunion fruchtigen Fragen (Bessarabien) haben nicht nur die langwierige Verögerung des Abschlusses verursacht, sondern letzten Endes auch dazu geführt, daß Polen selbständig gehandelt hat. Ferner hatte Polen ursprünglich den Ehrgeiz, unter seiner Führung einen Block der ehemaligen russischen Randstaaten, Finnland inbegriffen, gegen die Sowjetunion zu bilden. In der Folge sah es sich aber gezwungen, diesen Gedanken für sich in Normalpolitik und wirtschaftliche Beziehungen zu lösen, die Ratifizierung beschleunigt worden durch die Tatsache, daß Frankreich bereits seit einem Jahr mit der Sowjetunion gleichfalls einen Nichtangriffspakt paraphrasiert und zur Unterzeichnung durch den Ministerpräsidenten (die inzwischen erfolgt ist) sich bereitwillig erklärte.

Wohl die Sowjetunion hat der polnisch-russische und der französisch-russische Nichtangriffspakt vor allem eine große prinzipielle Bedeutung, denn hierin kommt ein völliger Umsturz in der Einstellung Frankreichs und seiner Verbündeten zu der Sowjetunion zum Ausdruck; der Gedanke einer gegen die Sowjetunion gerichteten Intervention, der bisher immer noch fortlebte, ist fallen gelassen worden und damit ist die Bereitschaft, die Sowjetunion anzugreifen und mit ihr in normalpolitische und wirtschaftliche Beziehungen zu treten, dokumentiert. Damit haben die Staaten der französischen Einflussphäre das vollzogen, was Deutschland bereits durch den Rapallovertrag getan hat.

II-St.

Versailles, die Geschichte eines mißglückten Friedens

Dieses Buch*) mußte schon lange geschrieben werden. Die Frage, wie der Vertrag von Versailles entstand, welche persönlichen und sachlichen Einflüsse seinen einzelnen Abschnitten und Artikeln ihre Form gaben, ist für uns Deutsche von der größten Wichtigkeit. Zwar rufen die Äußer über die Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrages noch in den Archiven, aber zahlreiche Teilnehmer an den Verhandlungen haben ihre Aufzeichnungen und Entwürfe veröffentlicht. Im Literaturverzeichnis des vorliegenden Werkes sind ihre Veröffentlichungen aufgeführt.

Der Verfasser hat zum erstenmal den Versuch gemacht, die Geschichte der Entstehung des Versailler Vertrages auf Grund aller erreichbaren Quellen für einen weiteren Leserkreis darzustellen. Es ist ihm gelungen, eine auf gründlicher Quellenkenntnis beruhende, genau gearbeitete und zugleich nicht nur lesbare, sondern fesselnde Darstellung zu geben. Wie bewegen uns mit ihm abwechselnd auf der Bühne und zwischen den Kulissen der Versailles Friedenskonferenz, sehen, wie in schwieriger, durch alle möglichsten ecksten Einflüsse mitbestimmten Verhandlungen die Radegeister der Kriegspropaganda, die Vergeltungswünsche gegen die Besiegten, das Machtstreben einzelner politischer und nationaler Zielsetzungen mit dem Verdüster neuer Zukunftsideale und dem Vorkämpfer des Völkereuropas und der Abrüstung, Wilson, wie die Neutrommer Europas und der Welt ringen. Wir sehen, wie nach ursprünglichen Suchen und Tapsen sich allmählich das Gerippe der Organisation der Konferenz herausstellt, die hauptsächlich immer mehr aus den Händen der vorkämpferischen Katschungen und Kommissionen in die weniger Hände des „Rates der Drei“ (Wilson, Clemenceau, Lloyd George) zusammenläuft. Wir erleben das enttäuschende und niederstimmende Schauspiel, wie der Weltbeherrschende, immer enger eingekerkert und in sein Völkereuropaprojekt verkerkert, Schritt für Schritt der Routine seiner europäischen Gegenspieler zum Opfer fällt.

Wir erfahren, wie die einzelnen Teile des Vertrages zustande kamen. Das gilt hauptsächlich für die Entstehung der deutschen Ohnmacht und des Politischen Horrors, die Aufzählung der Reparationsleistungen — die der Verfasser als die größte „Schikane“ im internationalen Rechtsleben der Neuzeit bezeichnet, den Werdegang des Kriegsschuldartikels 231, das Ansehungsverbot, die Rheinabkapselung und die Abtrennung des Saargebietes. Hochinteressant und aktuell wirkt z. B. wie die Entwaffnungsbestimmungen entstanden, wie die Ansichten und Vorschläge hinsichtlich der deutschen Abrüstung, die zwischen dem 17. Februar und dem 10. März entschieden wurde, hin und her gewechselt haben. In dem ersten dieser Vorschläge, dem Koudeur-Bericht vom 17. Februar 1919, waren für die deutsche Flotte eine Kopsfahrte von 300 000 Mann, die allgemeine Wehrpflicht und als Kriegsmaterial u. a. 1 000 schwere Geschütze und 1575 Feldgeschütze vorgesehen. Der erste Bericht doch vom 3. März setzte die Kopsfahrte bereits auf 200 000 Mann bei ebenfalls allgemeiner Wehrpflicht, das Kriegsmaterial jedoch auf 180 schwere und 600 Feldgeschütze herab. Eine Woche später, am 10. März, war doch in seinem zweiten Bericht schon bei einer Kopsfahrte von 140 000 Mann, einem Zeitraum mit zwölfjähriger Dienst-

zeit und einem Kriegsmaterial von 452 Feldgeschützen, ohne schwere Geschütze, angelangt. Der Rat der Drei setzte dann am 10. März eine Kopsfahrte von 100 000 Mann bei zwölfjähriger Dienstzeit und ein Kriegsmaterial, wie wir es aus dem Teil V des Versailler Vertrages kennen, fest. Während man also anfänglich die deutsche Abrüstung nur so weit treiben wollte, wie sie mit der nationalen Sicherheit Deutschlands einhergehen vereinbar gewesen wäre, hat man später alle Bedenken über Bord geworfen und das Ziel der völligen Wehrlosmachung verfolgt, das ja auch im Wortlaut des Artikels 160 des Friedensvertrages dahin zum Ausdruck gekommen ist, die deutsche Armee sei nur für die innere Ordnung und die Grenzpolizei bestimmt. Diese historische Feststellung ist außerordentlich wichtig, gerade im gegenwärtigen Moment, wo man in gewissen Kreisen des Auslandes die Fiktion des deutschen Heeres und der deutschen Bewaffnung festhalten will, sich selbst zu erklären und jeden Gedanken an ihre Änderung als bösen Aufbruchswillen und einen Aufschlag auf die heiligen Interessen der Menschheit hinstellen möchte. Gerade als ob die Bestimmungen des Teils V des Versailler Vertrages über die deutsche Abrüstung irgendeine von Weisheit, Gerechtigkeit oder reiner Sachlichkeit diktiert worden seien! Das Buch Zielers beweis das Gegenteil. Besonders schlagkräftig ist, wie der Verfasser an zwei Beispielen — der Konstitution der deutschen Unterseeboote und der Behandlung der Abtümung in Zorbischewitz — die Methoden der Konferenz illustriert. Das eine Beispiel wird auf Grund exakter Darlegung als ein Beispiel für die „Zweterkeit Moral“ der Konferenz und das andere für ihre „Unschicklichkeit“ zu machen, im einzelnen ausgeführt. Historisch aufschlußreich ist in der Entstehungsgeschichte der Nachweis, wie weit sich die Verantwortung für die einzelnen Abschnitte des Diktats zwischen den „Großen Drei“ und den „schlichten“ als ihren Beratern verteilt. Dabei stellt sich heraus, daß bei einer der schicksalsschweren Entscheidungen der Konferenz, nämlich bei der Festsetzung der deutschen Ohnmacht, die „schlichten“, unter ihnen insbesondere die französischen Generale, die maßgebende Rolle gespielt haben. Ähnlich liegt es bei dem Kriegsschuldartikel 231, der in der letzten Wunde ebenfalls auf einen obitaren Bericht eines französischen Hauptmannes, eines kausiblichen Oberleitnants-Generalsstabsamanns, des Premierministers von Neuseeland und eines griechischen Diplomaten zurückgeht. Direkt kompromittierend aber für die Methoden der Konferenz wirkt die durch Zielger getroffene Feststellung, daß der „Rat der Vier“ in der Zeit vom 26. März bis 19. April, also in der wirklichen Entscheidungssphase, überhaupt keine Protokolle über seine Sitzungen geführt hat!

Das Buch Zielers verdient im In- und erst recht im Ausland die weiteste Verbreitung. Mit mittlerer Eindringlichkeit zeigt es aus der Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrages, wie es um die „Heiligkeit“ dieses Vertrages steht, was für ein leichtfertiges, sammengeimmertes Nachwerk er in Wahrheit ist und wie wenig innere „Ewigkeits“berechtigung die meisten seiner Bestimmungen haben. Zum Kampf gegen Versailles ist das Buch Zielers eine scharfe und gute Waffe. K. S.

Blick in die Bücher

Mark L. von Koech: „Das Antlitz der Grenzlande“. 1. Teil Nordost. Verlag G. Bruckmann A.-G., München. 100 Seiten mit 150 Abbildungen. Gebunden RM. 5.50.

Der Schwerpunkt dieses bedeutenden Werkes, für das drei Bände geplant sind, liegt im Bild und in der Bildverklärung, der Text selbst ist knapp, sachlich und eindringlich geprägt und hat lediglich eine verbindende Aufgabe. Das Werk, zu dem der Verfasser durch seine jahrelange, umfassende politische Grenzarbeit in führender Stellung berufen ist, geht über Wesen und Wert ähnlicher Schriften weit hinaus. Dr. von Koech hat wirklich ein „Antlitz“ geschaffen. Etwas Anteilbares, ganz Geschlossenes und Einmaliges. Aber auch dieses einzelne Bild ist, für sich betrachtet, charakteristisch und wertvoll. Wenn man bedenkt, daß der Verfasser mehr als 60 große und kleine Eichsbilder, amtlichen und privaten Charakters, durchsucht hat, dann erweist man welche kenntnisreiche Sucharbeit, aber auch welche Fingerspitzen sich hier bereit haben, um etwas so Vollendetes zu schaffen.

Aus 150 vorzüglichen Fotos braucht jedoch noch lange keine Zusammenhänge zu werden. Dazu gehört neben wissenschaftlichen Kenntnissen noch ein ausgeprägter schöpferischer Instinkt. Dieser Zusammenhang von wahrhaft künstlerischer Empfindung, von umfassender Kenntnis der Materie und von tiefer Verbundenheit mit den deutschen Grenzgegenden, hat uns dieses außerordentlich

schöne und wertvolle Werk geschenkt. Nur durch weiteste Verbreitung kann die Mühe vergolten werden, die der Verfasser und der Verlag mit diesem Dienst an der Heimat geleistet haben. Es ist ein Buch für den deutschen Wehrnachrichtsstab, für die deutsche Schulklasse, für die deutsche Familienbibliothek. Der unerschätzlich billige Preis ermöglicht es, daß der schöne Kartonband in Quartformat, aus dem uns Eigenart, Mut und Forderung der östlichen Grenzlande mahnen anschauen, ein wahres Volksbuch wird, nach dem auch der Auslandsdeutsche gerne greifen wird. — 45 —

Kurt Hiescher: *Deutschland, Landhaft und Bauhaft*. Mit einem Geleitwort von Gerhart Hauptmann. Verlag G. A. Neofhaus, Leipzig. 280 Seiten angelegliche Bilder, Kupferstiche. Preis: In Ganzleinen 24 RM., Halbleder 28 RM., Schlusshausgabe in Mappe 24 RM.

Dieses schöne und berühmte Werk, das bereits in weit über 100 000 Exemplaren über das ganze Gebirge verbreitet ist, liegt in neuer und verbesserter Auflage vor. Wenn man die Seite Deutschlands erkennen will, muß man dieses Buch anschauen. Es gibt kaum einen Eichsbilder, der kein Können so sehr in den Bereich der reinen Kunst erhoben hat wie Hiescher. Aber darüber hinaus weiß er feinerinnig gerade die rein deutsche Seite seines Motives, sei es einer großräumigen Landchaft, eines weiten Stadtbildes, eines malerischen Winkels, auf das Objekt zu bannen und so in summa den Charakter, die Struktur, ja die seelischen Kräfte seines

*) Dr. Wilhelm Zielger: *Versailles, die Geschichte eines mißglückten Friedens*. *Deutsches Zeitungsblatt, Hamburg*, 271 G. (Jahr. 4, No. 36, S. 550 Nr. 22).

landes plastisch darzustellen. Das Malerange Hieschlers hat in den 280 deutschen Bildern zum großen Teil Kirchbildhüpfungen von unerhöhtem Reiz und wunderbarer Stimmung geschaffen, die dem Betrachter unerschöpfend bleiben. Den Ausländer wird es zum Besuche Deutschlands laden, uns aber macht er das Herz weit für die Schönheiten des Vaterlandes.

Die Heimatlere vom Deutschtum und seiner Natur. Von Universitätsprofessor Dr. K. Guenther. Mit 10 Abbildungen. Preis 25 Pf. A. Voigtlander Verlag, Leipzig, und Verlag J. Neumann, Neudamm.

Dieses mit schönen Bildern ausgestattete Heft faßt die Heimatlere des bekannten Freiburger Professors kurz, aber vollständig zusammen. Er will nichts anderes, als den Nachweis erbringen, daß alle Deutschtum in der Natur die tiefste Wurzel hat, und daß ohne Wiedergewinnung der notwendigen Verbindung des Volkes mit seiner Heimatur kein Aufstieg möglich ist. Dazu müssen wir wieder verliehen, was Meer, Wiese, Wald, die Tiere und Pflanzen uns zu sagen haben, und wir müssen aus Sage, Märchen und deutscher Kunst das Lied unserer eigenen Wesenheit heraushören. Denn seit alter Zeit liegen hier die Quellen der schöpferischen Kräfte unserer Volkseele.

Heftblatt „Der Steuerzufehne“. Von K. Masurat, Berlin. Verlag „Der Betriebswirt“ m. b. H., Berlin W. 50, 32 S., 0,90 RM.

Wenn die Maßnahmen der Reichsregierung zur Hebung der Wirtschaft vollen Erfolg haben sollen, so müssen alle Kreise bei der Durchführung helfen. Deshalb ist es zu begrüßen, daß dieser Kommentar in positiver Sinn die verwinkelten Bestimmungen der Steuerzufehne-Dvg. und der DS. erläutert und in anerkennenswerter Klarheit und Kürze alles Wissenswerte über den Steuerzufehne vermittelt. Der praktisch Wert dieses Heftblattes ist durch Hinzugabe der amtlichen Beispiele für die Erreichung der Mehrerfüllungsprämie und durch Aufnahme der abgedruckten, herausgearbeiteten Antragsformulare bedeutend erhöht worden. Auf einem Raum von 20 Seiten wird in der für die Praxis sicherlich besonders geeigneten Form von Frage und Antwort, unterteilt durch Schaubilder und Übersichten, eine große Anzahl von Einzelfragen, insbesondere alle wesentlichen Verwertungsmöglichkeiten für den Steuerzufehne, behandelt. Diese Fragen sind wichtig, da von der richtigen, d. h. einer dem Sinn und Ziel des Steuerzufehneprogramms entsprechenden Verwertung der Steuerzufehne das Gelingen dieses Programmes abhängt. Schließlich sind auf weiteren acht Seiten die Texte der StStG-Dvg. und der DS. ungekürzt abgedruckt.

Die erste staatliche Führerschulung für den freiwilligen Arbeitsdienst

Es ist nicht zu viel gesagt: mit der Auswahl und Schulung geeigneter Führer steht und fällt der freiwillige Arbeitsdienst. Ob der Arbeitsdienst geeignet ist, die trostlose Lücke im Leben jugendlicher Ewerbesorger auszufüllen, das Bewußtsein der Pflicht und Verantwortung gegen die Volksgemeinschaft in ihnen zu wecken, der inneren Festigung und dem Egoismus jeder Art entgegenzuwirken und somit an der sittlich-geistlichen Wiedergeburt unseres Volkes als Voraussetzung jeden künftigen mitzuarbeiten — das alles hängt von den Führerpersönlichkeiten ab, die die Arbeitsdienstlager leiten. Für den Staat war es daher unaußersächlich, die Führerschulung selbst in die Hand zu nehmen und nach überparteilichen, volks-erzieherischen Grundgedanken durchzuführen.

Für die Provinz Brandenburg und die Grenzmark Posen-Westpreußen ist in diesen Tagen der erste staatliche Führerschulungs-kursus erfolgreich abgeschlossen worden.

In dem Jagdenheim in Köpenberg in der Mark, einer alten Burg, einst einer der stolzen märkischen Herrensitze, jetzt eine Heimzelle deutscher Zukunft, sind sechs Wochen lang 60 junge Leute der verschiedensten weltanschaulichen Einstellung, verschiedener Herkunft und Bildung, einheitlich nach übergeordneten Grundgedanken zu Kameradern ausgebildet worden. Die fünfzigsten Arbeitsdienstführer wurden vom Landesarbeitsamt nach Vorschlägen der einzelnen Verbände ausgewählt, im Kursus vereint, durch praktische Arbeit, Sport, Unterricht und Pflege der Kameradschaft, Härlichkeit und festlich gefeiert und in ihrem Wesen eingeebnet auf das über dem Kleinen Lebende sittlichverpflichtende gemeinsame Ganze von Volk und Staat.

Hier alt das Wort Kamerad, gilt im Herzen, im ganzen Tun, Kameradschaft: Bindung, Einflutung, Unterordnung, Einbeziehung des persönlichen Lebensanspruches. Gemeinschaftsdienst: Selbstaufopferung, Selbsterkennung, Disziplin. Manneszucht: körperliche Schulung, frische Haltung, festlich-sittliche Zucht. Alles, was das scheinbar Äußerliche, durchdringt zum Sinn des Dienens, der Quelle echten Führertums. Harte Schule ist das: Hornsignal morgens um 6 Uhr, Sport, Gymnastik, körperliche Ertüchtigung, praktische Erprobung und Einführung in die Probleme der Werkarbeit; am Nachmittag: technische Schulung (Fragen der Lagerarbeit, Lagerordnung, Gerätekunde, Arbeitsstände, Wirtschaftsgüter, Sitten, Gebräuche, Psychologie des Kameradens, musische Erziehung, Freizeitgestaltung). Staatsbürgerliche Schulung. Geistige Arbeitsgemeinschaften. Genaue Zeiteinteilung. Kein Urlaub. Jede Minute ausgefüllt. Abends 10 Uhr Zapfenstreich.

Genügt das? Es werden vorzügliche organisatorische und technische Führer herangebildet, sie erhalten ein staatliches Diplom, sie sind Machtfaktor. Doch aber diese reale Führermacht getragen ist von der Kraft des Ideals, von der Gesinnung des reinen Dienens am Staatsgange, nicht eingesperrt wird in Gedanken des Ruhms und egoistischen Erfolgs, in politische, wirtschaftliche oder partikuläre Sonderinteressen, das allein ist das Entscheidende! Sagen und Taten sind einander. Darum geht es im letzten Sinn: um Persönlichkeitsbildung, um Charakterprägung, um Menschenformung, um Führerereifung. Hier steht und fällt die ganze Führeraus- und Fortbildung, der ganze deutsche Arbeitsdienst!

Von diesen dargelegten Überlegungen sind zwar alle Maßnahmen der Führerschulung erfüllt; aber es ist notwendig, sie ge-

sondert in der zentralen Willensrichtung geistlich-ethisch zu fundamentieren. Das muß geschehen (und gescheh auch bereits in Köpenberg unter entscheidender Mitwirkung der Reichszentrale für Heimdienst) in der staatsbürgerlichen Schulung. Nicht durch Vorträge, durch Akademien, nicht durch Verhulung, nicht durch Verlesungsbücher, durch Hebel- und Lehrbücher, durch Rechts- und Wirtschaftswissen. Aber durch innere Einwirkung auf Gemüt und Willen, durch Befestigung der staatsbürgerlichen Keime mit der Blut der Idee. Nicht nur Kenntnis; Erkenntnis des Staates als ewige Aufgabe, für die jeder Deutsche sittlich mitverantwortlich ist.

Ist die geopotentielle Schicksalsbestimmung des uns allen gemeinsam verengten deutschen Lebensraumes; Bestimmung auf die in jedem von uns nachwirkenden bürgerlichen Erbebrüste, auf die Traglast des Zwei-Fronten-Schicksals Deutschlands; Erfahrung des Rechtswillens, der Rechtsgegnung, der Wirtschaftsgegnung als Mitverantwortung für unsere volkswirtschaftliche Zukunft; Verankerung in Sinn und Geist des Arbeitsdienens. Darüber hinaus — der Führer soll auch staatsbürgerlicher Lehrer und Erzieher im Lager sein — methodische Unterweisung, pädagogische Übung. Enge Gemeinschaftsleben Zusammenarbeiten durch Erforschen und Erfassen der Mentalität, der Spannung und Problematik des Führerlebens. Miteinanderleben, füreinanderleben. Menschenformung; Befestigung mit dem Geist des Dienens, mit dem Ideal selbstloser Arbeit, Pflicht und Opfern für das Ganze von Volk und Vaterland.

Ob das in sechs Wochen zu schaffen ist? Fraglich in der Zeit, nicht in der Idee. Die Idee wird sich verwirklichen lassen, sie wird leben; denn sie muß leben! Weil es um das Ganze geht: um Deutschland!

Dr. Krüger.



Praktische Arbeit bei der Führerschulung in Köpenberg

Büchereingang

Beichte fallen. Ein bezaubernd-komplizierter Roman. Von Irene Weidelschmid. 300 S., 4,50 RM. Berlin, Gerhardt Verlag, Oldenburg, 1932.

Der hässliche Schwanenreißer und seine Gattin. Bericht einer Ruessenschwänze der Antropologin von Dr. Elizabeth Reiss. 124 S. Preis: gebunden 3,50 RM., in Ganzleinen 2,50 RM. Zweifache Taschenbuchausgabe, Berlin.

Heiligkeit? Von Dr. R. Eise. 79 S. mit 11 Illustrationen. Preis: gebunden 1,10 RM., in Ganzleinen 80. 1,50 RM. Zweifache Taschenbuchausgabe, Berlin.

50 Gemeiner Kolonialblätter. Berlin 1927-1932. Beschäftigt mit Aufbau der Weltwirtschaft zur Förderung der Handelsmissionen. Preis: Gebunden von Dr. W. Dübner, 183 S. 11. 1932.

„Zeit heißt auch Feind.“ Ein Kellereicht über deutsche Heimat und heimische Waren von Dr. Eugen Bandler. Schriftvertrieb des Volkswirtschaftlichen Kulturamtes, Berlin 6, 19 S. Gebundene Ausgabe des Kulturamtes, Berlin.

Spezialvertrieb und Spezialzeitschriften mit dem gesamten Buchvertriebsnetz und dem Heftie des Buchparlaments. Von Dr. Robert Zeller. (Vertrieb des Exportempreges und Internats.) 137 S. Preis: 3.— RM., 1932. Berlin, 3. Besenbrinner, Buchhandlung, Berlin, Leipzig.

Schwefelkand von heute. Bericht einer Kaugummipflanze von Prof. Dr. Gustav Sauer. 48 S. Preis: 0,65 RM. Buchholz und Weinhandlung, Berlin, 1932.

Schwabensches Wirtschaft. Grundlegende und Grundriß zur Ordnung der Wirtschaft. Von Otto Pfeiler. 115 S. Preis: 1,85 RM. Wirtschaftswissenschaften-Berlin, Berlin.

Wiese und Fertige deutscher Kapitalpolitik 1918 bis 1932. Von Richard Graf zu Eschberg-Berninger. 88 S. 1932. Druck und Buchvertrieb, Berlin.

Das Geschäft der Nation. Ein Wort zur Schrifttumswirtschaft in Deutschland. Von Walter Hofmann. 34 S. Preis: 90 Pfennig. Franz Neumann Verlag, Jena.

Berührung der Wirtschaft. Beschreibung des Handelsverhältnisses von Dr. Hermann Böhme. 1932. Eisenberg-Verlag, Eisenberg. (Eisenberg-Verlag, Eisenberg.)

Die Frage der Internationalisierung der Wirtschaft. Von Dr. Joachim Böhl. O. H. Verlag, Berlin. (O. H. Verlag, Berlin.)

Subsistenzbesitz. Jahresbericht 1931. Herausgegeben von Otto Riess. Berichtsjahre 1929 und 1930. Neue Folge. Erster Band 1930 und 1931. 229 S. Preis: 10 RM. Verlag der Wirtschaftlichen Weltanschauung, Berlin.

Deutschland heute und gestern. 1. Band: 178- und 225-Seitiges. Folienheft für das Jahr 1932. Herausgegeben von Dr. Eugen Ziefel. Preis: 2,10 RM. Franzische Verlagsgesellschaft, Stuttgart.

Die Heimatblätter vom Deutschland und ihrer Natur. Von Prof. Rudolf Gombert. 23 S. mit 15 Abbildungen. Preis: 25 Pf. Carl Neumann, Neudamm.

Deutscher Reichsbahn-Kalender 1933. Herausgegeben von Dr.-Ing. Dr. rer. pol. Hans Baumann. 160 Blätter auf Buchdruckpapier mit buntem Einband. Preis: 3,90 RM. Konfort-Verlag, Leipzig.

Verlangen Sie kostenlos Prospekt über Staatspolitische Aufklärungs-Literatur vom Zentralverlag G. m. b. H. Berlin W35, Potsdamer Str. 41



ÜBERSEE- UND KOLONIAL-ZEITUNG

43. Jahrgang

Das führende Kampfgorgan für deutsche Kolonialpolitik

Das kolonialwirtschaftliche Nachrichtenblatt für Industrie und Handel

Die Monatschrift des Kolonial- und Auslandsdeutschen

Die aktuelle koloniale Bilderzeitschrift

Bezugpreis: Ausland jährlich 9,— Mk. Inland 8,— Mk. einschließlich Zustellung. / Mitglieder der Deutschen Kolonialgesellschaft Vorzugspreise / Lassen Sie sich kostenlos Probenummer zusenden durch den Verlag:

Deutsche Kolonialgesellschaft Berlin W 35, Am Karlsbad 10

Sie wölen

die Geschehnisse in Österreich und den Nachbarstaaten verstehen, die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Auswirkungen der Tagesereignisse, die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft erkennen, das Gesunde vom Faulen, das Bleibende vom Vergänglichem unterscheiden, eine Richtschnur für die Bildung eines eigenen wohl begründeten Urteils gewinnen . . .

„Der Österreichische Volkswirt“

Herausgeber Walther Federnr, Wien, bietet dies seinen Lesern. Er erscheint jeden Samstag — ist die bestunterrichtete wirtschaftliche Zeitschrift der Nachbarstaaten — unabhängig, umfassend, interessant.

Ein Probeabonnement

für die Dauer von sechs Wochen kostet nichts und verpflichtet zu nichts, wenn der Leser dieser Anzeige den Gutschein ausfüllt und als Drucksache an die „Volkswirtschaftliche Verwaltung, Wien, IX., Porzellanergasse 27, einsendet.

Gutschein

1 Probeabonnement

für
in

Sobald erschienen:

Dr. Roderich Freiherr von Ungern-Sternberg: Die Planung als Ordnungsprinzip der deutschen Wirtschaft

Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart 108 Seiten. 4.— RM. ord.

Eine Schilderung und Bewertung der gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland. — Positive Vorschläge für eine industrielle, planwirtschaftliche Regelung.

Reichsminister a. D. Dr. Rudolf Wissell schreibt: („Volkswille“ Hannover, Nr. 191, 1932):

„Der Kern der planwirtschaftlichen Vorschläge von Ungern-Sternberg ist ein so guter, daß ich nur den lebhaftesten Wunsch habe, er möge eine verständnisvolle Beachtung und Kritik finden. Für die Arbeiterpresse jedenfalls werden die in dieser Schrift entwickelten Vorschläge jetzt nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden dürfen. Gerade jetzt nicht, wo die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands eine für die breiten Massen so verhängnisvolle Entwicklung nimmt. Das gilt übrigens nicht nur für die Arbeiterpresse, sondern für jede nicht von Interessenten beeinflusste Presse.“

Die Kartell-Rundschau (Heft 7/8, 1932) schreibt:

„Die vorliegende Schrift propagiert in einer wissenschaftlich nach allen in Frage kommenden Richtungen sehr eingehenden Behandlung, die auch Schwierigkeiten und Grenzen beachtet, die Möglichkeiten einer planwirtschaftlichen Neuordnung, und zwar — was die Arbeit besonders auch für den Praktiker wertvoll macht — durch ausführliche Darlegung konkreter organisatorischer Vorschläge. Gerade die industrielle Praxis wird daher diese Arbeit mit Interesse und Nutzen studieren.“

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Der wertvolle Abreißkalender, das WEIHNACHTSGESCHENK FÜR DIE LIEBE MUTTER

Ein Führer zu vertieftem
deutschen Familienleben!



MUTTER und KIND

EIN TAGEBUCH DER MUTTER FÜR DAS JAHR 1933

Ein Jahreskalender für Mütter und Kinderfreunde

Herausgegeben im 6. Jahrgange von Adele Schreiber

Prächtige Aufnahmen aus dem Kinder- und Familienleben

Jedes Blatt ein künstlerischer Wandschmuck

Preis herabgesetzt: 2.85 RM

Wie in vergangenen Jahren bietet der künstlerische Abreißkalender Bilder aus dem Kinderleben, in Familie und Gemeinschaft, aus den Beziehungen zwischen Mutter und Kind, Vater und Kind, Großmutter und Enkel, Jugend aller Altersstufen bei Spiel und Unterricht, bei frohem Sport und bei Gemeinschaftsübungen zieht in reizvollen Bildern an unserem Auge vorbei, Dichter, Wissenschaftler, Männer und Frauen, die aus ihren praktischen Erfahrungen schöpfen, geben im Text wertvolle Hinweise, deren Vertiefung und Erweiterung durch die beigelegten Literaturangaben erleichtert wurden. Für das „Tagebuch der Mutter“ sind die Rückseiten der Blätter bestimmt. Viele Zuschriften bekunden, wie neu viele Freudenquelle die Aufzeichnungen vielen Eltern werden. Manch wärmeharzer Brief, der reizende Kinderbilder begleitete; erzählt von der Entwicklung unserer „Kalender-Schützlinge“

Zwei wertvolle Preisausschreiben

Zwei Werturteile aus 100 in gleicher Weise begeisterten:

Ihnen vielen Dank für die Zuwendung des Kalenders „Mutter und Kind“, den ich seit dem Bestehen abonniert habe und den ich nicht mehr in unserer Kinderstube missen möchte!

Schwester Marill Wallisberger
„Villa Piazzi“, Paradies-Messina

„Reelams Universum“, Leipzig:
Wohl der schönste Familienkalender für das nächste Jahr, herausgegeben von der bewanderten Vertreterin des ganzen Gebietes. . . . besonders wertvoll, daß auch die Probleme der größeren Kinder mit berücksichtigt wurden.

Durch jedes einschlägige Geschäft oder direkt

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

WELTPOLITISCHE BÜCHEREI.

HERAUSGEGEBEN VON Dr. ADOLF GRABOWSKY

vermittelt

Wissen um wesentliche Zusammenhänge internationaler Politik

Die Bände der ersten Reihe:

- Bd. 1. A. Grabowsky, Staat und Raum, 112 Seiten 2 Tabellen, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 2. E. Scheu, Deutschlands Wirtschaftsprovinzen und Wirtschaftsbezirke, 74 Seiten, 20 Karten, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 3. O. Maull, Politische Grenzen, 104 Seiten, 12 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 4. R. Rungaldier, Österreich, 52 Seiten, 9 Karten, Halbt. 1 50 RM.
- Bd. 5. A. Burchard, Staat und Klima, 80 Seiten, 10 Karten, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 6. F. Thorbecke, Das tropische Afrika, 75 Seiten, 5 Zeichnungen, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 7. W. Pahl, Der Kampf um die Rohstoffe, 73 Seiten, 16 Zeichnungen, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 8. F. Machatscheck, Die Tschechoslowakei, 80 Seiten, 5 Karten, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 9. M. Eckert, Meer und Weltwirtschaft, 80 Seiten, 19 Karten, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 10. J. März, Landmächte und Seemächte, 64 Seiten, 10 Zeichnungen, Halbt. 2 10 RM.

Die Bände der zweiten Reihe:

- Bd. 11. W. Vogel, Die Entstehung des modernen Weltstaatsystems, 101 Seiten, 12 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 12. P. Herre, Spanien und Portugal, 88 Seiten, 12 Kartenskizzen, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 13. R. Uhden, Völkerrecht, 58 Seiten, 8 Kartenskizzen, Halbt. 2 10 RM.
- Bd. 14. H. v. Glasenapp, Britisch-Indien und Ceylon, 88 Seiten, 10 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 15. S. R. Steinmetz, Die Niederlande, 83 Seiten, 8 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 16. Th. Arldt, Weltpolitik im Unterricht, 80 Seiten, 9 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 17. G. Menz, China, 88 Seiten, 7 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 18. F. Metz, Die Hauptstädte, 112 Seiten, 18 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 19. R. Lütgens, Die A. B. C.-Staaten, 112 Seiten, 22 Karten, Halbt. 2 70 RM.
- Bd. 20. Henning, Weltluftverkehr und Weltluftpolitik, 68 Seiten, 8 Karten, Halbt. 2 10 RM.

Die Bände der dritten Reihe:

- Bd. 21. K. Haushofer, Geopolitik der Pan-Ideen, 95 Seiten, 11 Zeichnungen, 2 70 RM.
- Bd. 22. O. Junghann, Die nationale Minderheit, 76 Seiten, 3 Zeichnungen, 2 10 RM.
- Bd. 23. S. Passarge, Ägypten und der Arabische Orient, 70 Seiten, 14 Zeichnungen, 2 40 RM.
- Bd. 24. Hans Kohn, Orient und Okzident, 95 Seiten, 14 Zeichnungen, 3.— RM.
- Bd. 25. W. Geisler, Australien und Ozeanien, 3.— RM.

Bd. 26. Hesse, Persien, 6 Zeichnungen, 96 Seiten 3.— RM.

Bd. 27/8. Schwendemann, Frankreich, 26 Zeichnungen, 180 Seiten 5 40 RM.

Bd. 29. Claar, Italien, 105 Seiten, 13 Zeichn. 3.—RM.

Alle Bände sind in Halbbeinen gebunden und durch jede Buchhandlung auch einzeln zu beziehen.

Illustrierter Sonderprospekt kostenlos.

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35.

ÖLGEWÄLDE

namhafter Maler, konkurrenzlos billig von Mk. 25,— an. 8 Tage zur Ansicht über 10000 zufriedene Kunden. Für Mitglieder 10% od. Zahlungsvereinfachung ohne Preisaufsicht bis 12 Monate. Besichtigen Sie unverzüglich unsere Ausstellung oder verlangen Sie photographische Abbildungen Nr. 110. Versand nach allen Plätzen Deutschlands.

„Der Kunstkreis“ G. m. b. H.
Verkaufsstelle d. Deutschen Maler-Gilde e. V.
Berlin C 25, Kurse Straße 17, hinter dem Lehrer-
verehaus, an der Landberger Straße, Geschäfts-
zeit 9—7 Uhr. Telefon: Kupfergraben 4948



Diesmal nur Praktisches!
Korbmalerei ab Fabrik!
Niedrige Preise, franko Lfg.
Schlager: 3teil. Polstergarn,
Mk. 35,—. Katalog gratis.
Korbmalerei-Fabrik Böhm.,
Oberlangenst 327, Litzka's-List.

Merkblatt „Der Steuergutschein“

mit amtlichen Beispielen für die Berechnung der Mehrwertschuldungsquote und gebrauchsfertigen Antragsformularen als Sondereinlage!

Ein Nachtragsblatt enthält die Bestimmungsänderungen vom 31.10.32 sowie die seit der Börseneinführung getroffenen Maßnahmen zur börsen- und bankmäßigen Verwertung des Stöcks.

Unentbehrlich für Antragstellung und Verwertung auch kleiner Steuergutscheinbeträge. Wir empfehlen die Anschaffung des von Behörden, Banken und Verleihen sehr günstig bewerteten Merkblattes jedem Steuerzahler bzw. Unternehmer, der Aufklärung und Unterstützung bei den zeitraubenden Berechnungen und Antragsformalitäten braucht, jedem anlagensuchenden Sparer, der sich vor Erwerb von Steuergutscheinen eingehend informieren möchte;

jedem Steuer-, Zoll- und Verwaltungsbeamten, Bankleiter, Bankangestellten und sonstigen Interessenten, die sich am beruflichen oder gewerblichen Rückvertrieb über die Stöcke, Vdg. eingehend unterrichten wollen. Einzelverkaufpreis RM 0,50 und 0,05 für Nachtrag. Bei Sammelbestellungen erhebliche Preisermäßigung.

Verlag „Der Betriebswirt“ m. b. H. Berlin W 50
Tel. B 4 Bavaria 4204

MIT INTERESSE AN JEDEM STÜCK



Lehmann & Assmy.
Ältestes Tuchverbrauchs-
mit eigener Fabrikation
Sprenberg i. L. 38

150 Briefmarken gratis
nur Ausland und unver-
ändliche Auswahlliste.
P. Lahn, Postkontrolle R.
Terlin-Stogltz, Kieler Str. 3.

Ein selten günstiges Angebot
für die Leser des „Heimatdienstes“

Heinrich Seidel's Gesammelte Werke

in 5 Ganzleinenbänden
über 2600 Seiten auf Dünndruckpapier

statt wie bisher RM 30.—

nur RM 7.50

Aus dem Inhalt:

- Bd. I: Lebrecht Hühnen. Von Perlin nach Berlin
- Bd. II: Vorstadtgeschichten I/II
- Bd. III: Heimatgeschichten I/II
- Bd. IV: Reinhard Flemmings Abenteuer
- Bd. V: Spukgeschichten. Phantasiestücke, Musik der armen Leute, Gedichte

Bei Aufgabe der Bestellung bitten wir, den Betrag zuzüglich 40 Rpf. für Porto, zusammen also RM 7.90 gleichzeitig auf unser Postcheckkonto Berlin 1023 83 zu überweisen. Bei Nachnahmezusendung Mehrkosten

Zentral-Schriften-Vertrieb · Berlin W 35
Potsdamer Straße 41



Die Geschichte eines mißglückten Friedens

Von Oberregierungsrat Wilhelm Ziegler. Kart. RM. 4.50. Leinen RM. 5.50

Die erste authentische Darstellung der Entfesselungsgeschichte des Versailles.

Geht auf das gesamte heute vorliegende Quellenmaterial bietet das Buch eine Schilderung des dramatischen Geschehens, die ebenso plastisch wie politisch eindringlich ist. Wir erleben die einzelnen Akteure des großen Vernichtungswertes, eine Atmosphäre von periodischen Spannungen, Intrigen, schärfsten Interessengegenständen und bis aufs äußerste ausgeprägten Konfliktstoffen steigt vor uns auf, wie sie in gleichem Maße wohl noch keine Friedenskonferenz bederricht hat. Ziegler bekennt sich aber nicht auf die Darstellung dieser Kämpfe, deren Opfer Deutschland wurde. Was spingender Beweiskraft trägt er zugleich auch alle Denkansätze zusammen, die sich aus der Entfesselungsgeschichte des Diktates ergeben: anfangen mit dem Nachweis des bemittelten und vorläufigen Vertragsbuches gegenüber Deutschland bis zu der Anfechtung jener selbst vor Zerschlagung nicht zurückredenden Methoden von Leichtfertigkeit und Frivolität, mit der in Versailles Weltgeschichte gemacht worden ist. So bedeutet das Buch eine Diefkredierung des Gewaltfriedens, wie sie politisch und moralisch vernichtender nicht sein kann und für den jetzt anhebenden Kampf um die Befestigung des Diktates von unerschütterlicher Bedeutung ist.

HANSEATISCHE VERLAGSANSTALT HAMBURG